

Bezugspreis: Vierteljährlich 12,50 RM., monatlich 4,50 RM. ...

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Komparsenliste kostet 2.- RM. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Dienstag, den 13. Januar 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Unter dem Schutz der Bajonette.

Aus dem besetzten Gebiet schreibt man uns: Die „Freiheit“ schlägt jeden Tag ...

Einige Beispiele: Die die französischen Militaristen im besetzten Gebiet mit den Rechten und Freiheiten ...

Dieser Vornarr ist nicht nur gegen einzelne unabhängige Sozialführer zu erheben, sondern er muß auch gegen ihre Presse im gesamten besetzten Gebiete erhoben werden.

Der Sozialdemokratischen Partei und allen Parteien im Bezirk Wiesbaden, die die Abtrennungsbestrebungen der Dorten und Genossen bekämpfen, wird nahezu jede politische Tätigkeit zugunsten der notleidenden Kinder Österreichs verboten.

Merken die Unabhängigen nicht, zu welchen Zwecken sie gebraucht werden? Einem Parteisekretär der Sozialdemokratie wurde von der Besatzungsbehörde unter Androhung der Ausweisung verboten, gegen die Unabhängigen in Versammlungen aufzutreten.

So erziehen sich die Unabhängigen im ganzen besetzten Gebiete des liebevollen Schutzes der französischen Militaristen. Die Angehörigen aller der Parteien, die die Abtrennungsbestrebungen und den französischen Militarismus bekämpfen, werden verfolgt und eingekerkert.

Im ganzen besetzten Gebiete gründen die Unabhängigen eine Zeitung nach der anderen. Die Zahl ihrer Anhänger ist gering. Aus eigener Kraft bringen sie die Geldmittel nicht auf. Alle Zeitungen leiden unter Geldmangel, nur nicht die neugegründeten Organe der Unabhängigen.

Das „Volksrecht“ in Frankfurt a. Main denunziert unter voller Namensnennung und wahrheitswidrig Perionen, die politische Schriften an die Besatzungsbarmee verbreitet haben sollen, und die man höre — nur Kusjüge aus Parlamentsreden von Jean Jaurès sind. Es denunziert Einrichtungen, die sich die Aufgabe gestellt haben, dafür zu wirken, daß das, was deutsch ist, auch in der Zukunft deutsch bleiben soll, entgegen den dortigen Abtrennungsplänen.

Seid auf der Hut!

An die Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins.

Von neuem wird der Brand entfacht! Die Januartage von 1920 werden der Versuch der Januarmut von 1919, durch welchen, wie Ledebour in der „Freiheit“ vom 5. Januar ...

Von neuem wird zum Kampf, zu Massenaktionen und Streiknummern

in immer gesteigertem Maße aufgefodert, aufgefordert zum Kampf gegen das Betriebsrätegesetz und für das sogenannte revolutionäre Rätegesetz.

Arm in Arm mit den Schanzmachern aller bürgerlichen Parteien, die durch einen Sturm von Petitionen und Entschuldigungen Verschleierungen der Geschichtswahrheit durchziehen, hat die Fraktion der U. S. P. der Nationalversammlung seit Monaten durch Nichtbeteiligung an den Kommissionsberatungen zur Fertigstellung des Gesetzes

Verrat an der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands grät.

Wenn jetzt im öffentlichen Plenum der Nationalversammlung die Vertreter dieser Partei mit flammenden Redenarten in Enttäuschung machen wollen, so ist das nichts anderes als erbärmliche Heuchelei gewissenloser Demagogen.

Denn sie kämpfen ja nicht für die Rechte der Betriebsräte; in einem Anruf, unterzeichnet von der U. S. P. und ihrem Berliner Anhängel der U. S. P., wird der

Kampf gegen das Betriebsrätegesetz proklamiert. Mit innerem Proleten verfolgen diese politischen Parasiten den Kampf der U. S. P. der Nationalversammlung mit der vereinigten Reaktion um die Rechte der Betriebsräte. Je mehr die Reaktion an Boden gewinnt, je größer die innere Schadenfreude dieser mit den Händen in den Taschen absitzenden Betrübten am Sozialismus.

Jetzt, wo die letzten entscheidenden Kämpfe um das Gesetz im Parlament ausgefochten werden sollen, fordert mit unverhohlenen Größenwahn die Partei, welche in ihrem letzten Vorstandsbericht auf dem Leipziger Parteitag den

großen Mangel an geistigen Kräften zur besseren Führung ihrer Organisationsgeschäfte bitter beklagt, das volle uneingeschränkte Kontrollrecht über die Betriebsführung des tausendfältig komplizierten Wirtschaftsapparats von ganz Deutschland.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Durchschaut die Mandate dieser politischen Müßiggänger. Erneut sollen die Massen unter falscher Flagge in den Kampf nicht um die Betriebsräte, sondern in dem

Kampf um die politische Macht

auf die Straße geworfen werden. Sie wollen den Kampf um jeden Preis, sie wollen den Streik, sie wollen, daß Millionen immer noch mehr hungern. Die Eisenbahnen sollen nicht fahren, die Kohlenförderung soll stehen, die Verwertung soll immer größer werden, um ihr ewiges Ziel, die vollständige Zerkümmernng unseres von den Imperialisten der ganzen Welt gebelkten Wirtschaftslebens zu erreichen!

Arbeiter Berlins! Der Kampf um das Gesetz der Betriebsräte wird mit unvermindelter Schärfe im Parlament weiter ausgetragen werden. Die Vertreter der U. S. P. sind verpflichtet, mit allen Mitteln die Forderungen der organisierten Arbeiter- und Angestelltenchaft durchzusetzen.

Seid auf der Hut!

Die Verräter der Demokratie liegen auf der Lauer, um aus der Verabschiedung eines Gesetzes, an dessen Verfall

zung sie schuldiger sind als die schwarzesten Reaktionen, ihre schmutzigen politischen Geschäfte zu machen.

Seid auf der Hut und folgt ihnen nicht! Der Bezirksvorstand Groß-Berlin der U. S. P. Die Fraktion der Arbeiterräte der U. S. P. in Berlin.

Demokratie oder Räte-diktatur.

Die am 12. Januar versammelten Betriebs- und Parteifunktionäre der U. S. P. D. Groß-Berlin verlangen mit allem Nachdruck, daß die Nationalversammlung des Betriebsrätegesetzes von der Nationalversammlung in wesentlichen Punkten erheblich verbessert wird. Insbesondere fordern sie eine wirksame Vorkontrolle des Betriebsrats durch die Arbeiter und Angestellten, eine klare Festlegung, welche Unterlagen der Bilanz bei deren Erläuterung dem Betriebsrat vorgelegt werden müssen, Vorkontrolle der Ausgabenbestimmungen gegen den Betriebsrat und Buchwechsellisten, daß die Sitzungen des Betriebsrats während der Arbeitszeit stattfinden können und daß die für Arbeitgeber und Arbeitnehmer festgesetzten Strafen unter Berücksichtigung der sozialen und Einkommensverhältnisse abgestuft werden. Sie verlangen weiter, daß die von den Betriebsratsmitgliedern vertraulich zu behandelnden Mitteilungen auf das notwendige Maß der wirklichen Geschäftsgeminnnisse beschränkt werden und daß die Bilanz schon in Betrieben, die mindestens 50 Arbeitnehmer beschäftigen, vorgelegt werden muß.

Die Funktionäre erwarten, daß die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung alle Kräfte und ihren ganzen Einfluß geltend machen wird, um in den genannten Punkten Verbesserungen durchzusetzen. Sie lehnen es aber ab, den unter Führung der Unabhängigen und kommunisten inszenierten Kampf gegen das Betriebsrätegesetz an sich irgendwie zu unterstützen. Den Linksrädler ist es nicht um die Verbesserung des Betriebsrätegesetzes zu tun, sondern sie möchten diese Gelegenheit benutzen, um die Arbeiterschaft vor ihren Karren der Räte-diktatur zu spannen. Die Räte-herrschaft würde aber jedes Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten völlig zerstören und alle Macht in die Hände einer kleinen Minderheit legen. Die Funktionäre fordern daher die Arbeiter- und Angestelltenchaft auf, der von einzelnen Seiten betriebenen Propaganda für Streiks, Streikendemonstrationen usw. gegen das Betriebsrätegesetz nicht zu folgen. Sie erwarten aber auch, daß die Regierung etwaigen Sabotageakten der Arbeiter- und Angestelltenchaften usw. im Falle der Annahme des Betriebsrätegesetzes mit allen Mitteln entgegentritt.

Die von uns verlangten Änderungen vorausgesetzt, bilden das Betriebsrätegesetz einen erheblichen Fortschritt, der den Arbeitnehmern einen starken Einfluß in den Betrieben sichert, wenn sie sich gewerkschaftlich geschlossener organisieren. Auf diesem Wege organisierte Fortschrittentwicklung, nicht aber auf dem Boden der alles vernichtenden Räte-diktatur wird die deutsche Arbeiterschaft zur Betriebsdemokratie und zum Sozialismus kommen.

Die Unabhängigen verbreiten in den Betrieben das Gerücht, daß die U. S. P. D. beschlossen hätte, am Dienstag früh 9 Uhr die Arbeit niederzuliegen, um gegen das Betriebsrätegesetz zu demonstrieren. Das ist eine grobe Lüge! Die Arbeiterschaft unserer Partei arbeitet weiter!

Annenzionisten. Bezeichnend ist, daß die sozialdemokratische Frankfurter „Volksstimme“ sowie die „Frankfurter Zeitung“ und das „Mittagsblatt“ dauernd im besetzten Gebiet verboten sind, während das unabhängige „Volksrecht“ — im Volksmunde genannt „Vollblech“ — in riesigen Massen unter dem Schutze der französischen Besatzungsbehörden eingeführt werden kann.

In ihrem Sonntagartikel „Friede“ kennzeichnet die „Freiheit“ mit scharfen Worten den „Friedensfrieden“ der Versailles, der unersättlich und unerträglich sei und neues Unglück für Europa bedeute. Unter anderem heißt es in diesem Artikel wörtlich:

„Was uns schwer auf dem Herzen liegt, ist natürlich der Verlust deutscher Landesteile in den abzutretenden Gebieten. Der Imperialismus der Entente hat das Prinzip des Rechtes der Nationalitäten, für das er angeblich kämpfte, über den Haufen geworfen, als der Sieg ihm die Möglichkeit gab, sich zu

demaskieren. Indessen, wir müssen das Geschick erdulden und können nur hoffen, daß eine bessere Zukunft die wieder zusammenführt, die auseinander gerieten.“

Dieses Recht der Nationalität muß vor allen Dingen den deutschen Rheinländern zugesprochen werden. Ihre Annexion, die Clemenceau beabsichtigt, wäre die entsetzlichste Katastrophe, die Europa treffen könnte. Das Rheinland kann jedoch während seiner Besatzungszeit ein Bundesglied werden zwischen Deutschland und Frankreich, kann die Versöhnung der beiden Völker herbeiführen. Diesen Plan gilt es mit allen Mitteln zu verwirklichen.

Im Interesse der Völkerverständigung und im Interesse des deutschen Proletariats würde es liegen, wenn die Parteileitung der Unabhängigen einmal ein Wort fände gegen das Treiben ihrer Anhänger im besetzten Gebiet, die ihre politischen Geschäfte unter dem Schutze der französischen Bajonette betreiben.

Erzeugt Lebensmittel!

Das Kleingarten- und Siedlungsamt Groß-Berlin.

Der Verband der Rauberkolonisten sendet uns folgenden Aufsatz:

Die Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung vom 31. Juli 1910 stellt in ihren nur zehn Paragraphen eine sozialwirtschaftliche Tat allerersten Ranges dar. Unter dem Wohnungswort sind am allermeisten unsere Großstädte. Die Arbeiterviertel der Reichshauptstadt bilden in dieser Beziehung eine große Anlage gegen die privatkapitalistische, auf rücksichtslose Ausweitung der Klassen gerichtete Boden- und Wohnungspolitik des letzten Jahrzehntes.

Das Kleingartengesetz kann hier, richtig und durchgreifend angewendet, großen Segen stiften. Es kann, in Verbindung mit den Siedlungsgesetzen, in der Boden- und Wohnungstrategie eine grundstützende neue Ordnung der Verhältnisse anbahnen und dieser zur Durchführung verhelfen. Das Kleingartengesetz gibt den Gemeinden die Möglichkeit, Vorkehrungen zu treffen, daß jedem einzelnen Einwohner ein Anrecht auf Gartennutzung geschaffen und gesichert wird.

Selbst die engstehenden Städte des Mittelalters haben ihren Bewohnern den Garten zu erhalten gewußt, indem sie außerhalb der Stadtmauern die im Innern weggefallenen Gärten wiederherstellten und diese „Stadtgärten“ ihren Bürgern überließen. Erst das industriell-kapitalistische Zeitalter machte die große Masse der Mietkasernenbewohner gartenlos. Die kapitalistische Boden- und Baupolitik zog alles in ihren Bann und raubte den armen Menschenkindern das letzte bißchen Grün vor den Fenstern. Selbst die hochlebendsten „Wartenhäuser“ bezeichneten Wohngebäude sind ja weiter nichts als auf der Fläche eines ehemaligen Gartens errichtete Häuser.

Man kann aber sehr wohl die gemeindliche Boden- und Wohnungspolitik darauf einstellen, daß zunächst einmal von dem jetzt noch vorhandenen, mit Wohnhäusern und anderen baulichen Anlagen nicht belegten Boden soviel dauernd als nutzbares Gartenland festgehalten wird, wie notwendig ist, daß alle gartenlosen Bewohner der Gemeinden davon das ihnen zukommende Stück Garten beanspruchen können. Man kann das nicht bloß, sondern es gehört eine solche Forderung schlechthin in das Programm einer jeden großzügigen sozialen Wohnungspolitik. Der gegenwärtige Stadtbereich von Berlin gibt da allerdings nichts mehr her, und die auswärtigen Besitzungen liegen zu weit entfernt. Deshalb läßt diese Wohnungsfrage sich nur im Rahmen eines künftigen Groß-Berlins lösen. In diesem Rahmen muß sie aber auch gelöst und heute in Angriff genommen werden.

Man macht heute schon zahlreiche Pläne für „Kleinhäuserkolonien“, wobei es sich um den an sich nur begriffswertigen Flachbau mit Kleingärten handelt. Man plant da aber heute Kolonien dieser Art an Stellen, die unbedingt für die Bewohner der vorhandenen Mietkasernen als deren Haus- und Wohnungsgärten sichergestellt werden müßten! Die neuen Kleinhäuserkolonien können ohne nennenswerten Schaden für diese Siedler weiter hinaus verlagert werden. Die Laubengärten aber immer weiter hinaus zu verlegen, ist eine unanstößliche, jedenfalls rücksichtslose Härte gegen die Mietkasernenbewohner.

Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen der Berliner Stadterordnetenversammlung haben einen Antrag eingebracht, der den Magistrat ersucht, ein „Kleingarten- und Siedlungsamt“ für Berlin einzurichten. Der „Verband der Rauberkolonisten Berlins und Umgegend“ hatte im November vorigen Jahres Versammlungen abgehalten, und in diesen u. a. auch die Forderung erhoben, ohne Verzug Kleingartenämter einzurichten und diese zu einer Zentrale für Groß-Berlin zusammenzuschließen. Das von den beiden sozialdemokratischen Fraktionen in Berlin beantragte Amt kann diese Zentrale werden. Gegenwärtig am dringendsten ist die Frage der Aufstellung eines vollständig neuen Bebauungsplanes für das künftige Groß-Berlin, an dem dieses „Kleingarten- und Siedlungsamt“ hervorragende mitzuarbeiten berufen sein wird, und zwar eines Bebauungsplanes, der vor allem jene Bodenflächen für Laubengartengelände sichert, die den gartenlosen Mietkasernenbewohnern als Staatsbürger und als Kulturmenschen gebühren, von allen sonstigen Gründen für diese Forderung ganz abgesehen. Otto Albrecht.

Wir stehen heute vor der Wahl: entweder durch Steigerung der Erzeugung von Lebensmitteln, durch Selbstversorgung, unsere Volksernährung zu sichern, oder aber Millionen unserer Volksgenossen nach irgend einem Teil der Erde abzugeben zu müssen. Hierüber ist sich ein erheblicher Teil des Volkes durchaus noch nicht im klaren, er glaubt, auch ohne „produktive“ Arbeit aus dem großen deutschen „Ethiopi“ sich noch mit fittigen zu können. Das ist der verhängnisvollste Irrtum! Wir können nur von dem leben, was wir durch schwere Arbeit dem deutschen Boden abzurufen vermögen. Unsere Rettung liegt in der Umwandlung unserer Bodenflächen in blühendes Gartenland, in dem Uebergang zur intensivsten Kultur. 600 Quadratmeter Boden reichen aus, um eine fünfköpfige Familie mit Gemüse, Obst, Frühkartoffeln usw. zu versorgen. Millionen Deutscher müssen angesiedelt werden, damit sie nicht nur eine befriedigende Existenz finden, sondern die Lebensmittelproduktion steigern. Hier ist auch der Weg zur seelischen und sittlichen Genesung unseres Volkes, ohne die wir zugrunde gehen.

Die zahlreichen genossenschaftlichen Siedlungsbestrebungen bedürfen dringend der Unterstützung, Führung, auch der Kontrolle, da sich auch höchst fragwürdige und gefährliche Unternehmungen aufstun, bei denen die Arbeiter ihre Ersparnisse leicht verlieren können. Vorsicht ist also unbedingt nötig.

Besondere Bedeutung haben die von kapitallosen Rauberkolonisten geschaffenen Siedlungen, wie z. B. die Gärtnerriedlungen, in denen auch Nichtfachleute alle Anleitung und sachmännische Hilfe finden. Auch in Berlin bestehen solche.

Das städtische Siedlungsamt, für das hoffentlich eine geeignete tatkräftige, unbürokratische Persönlichkeit bald gefunden wird, wird jene neutrale Zentrale werden müssen, die alle Groß-Berliner Siedlungsbestrebungen zusammenführt, um Arbeitsverwendungen zu veranlassen und faulen Gründungen das Sandwerk zu legen. Hoffentlich läßt der Magistrat nicht erst wieder Monate verstreichen, bis diese dringend notwendige Zentrale ins Leben gerufen wird. Wer glaubt, daß das vergnügungslustige Großstadtleben noch lange fortgesetzt werden kann, dürfte im Irrtum sein. Prüfe daher ein jeder eingehend, auf welchem Wege er baldigst zur eigenen Scholle gelangen kann. Aktivistische Kultur beansprucht geistig rege Arbeitskräfte, die die Stadt reichlich zu liefern vermögen. Deshalb rufen wir: An die Spaten!

Wie man's macht, ist's falsch.

Beim Inkrafttreten des Versailler Friedens erklärt ihn auch die „Freiheit“ für unerfüllbar und weist der Regierung die Aufgabe zu, diese Erkenntnis in den feindlichen Ländern zu fördern. Dazu ist in erster Linie notwendig, daß Deutschland eine Politik treibt, die draußen Vertrauen gewinnt. . . . sonst ist die Unterschrift vom 10. Januar 1920 die Unterschrift unter dem Todesurteil.

Nun hat sich die deutsche Regierung erfolgreich darum bemüht, im Auslande Vertrauen zu erwerben. Die Folge davon war, daß ein einflussreicher englischer Politiker wie Churchill jüngst erklärte, die demokratische deutsche Regierung, die jetzt die Macht habe, müsse in ihrer übermenschlich schweren Aufgabe gegen die militaristische Konterrevolution und gegen die Bolschewisten gestützt werden. Darum müsse England der jetzigen deutschen Regierung helfen — ihr Zusammenbruch wäre eine Katastrophe für die gesamte Welt.

Wohnt nun die „Freiheit“ die Regierung, daß sie diesen Erfolg erzielt hat? Im Gegenteil, sie berichtet über Churchills Rede unter der Ueberschrift: „Die Allianz des Kapitals“. Macht also die Regierung sich beim Auslande nicht beliebt, so ist sie unfähig — bewegt sie die ausländischen Regierungen zu einer freundlichen Haltung, so verdrängt sie sich auch mit dem fremden Kapital. Wie sie es macht, macht sie es für die Unabhängigen falsch: tut nichts, der Feind wird verbrannt.

Das Befinden des Genossen Auer.

Genosse Erhard Auer, der Führer der bayerischen Sozialdemokratie, der unmittelbar nach der Ermordung Eisners von dem Fleischergesellen Lindner im bayerischen Landtag durch einen Revolveranschlag schwer verletzt worden war, ist nunmehr so weit wiederhergestellt, daß er am heutigen Dienstag die Klinik verlassen kann. Mit uns wünscht wohl die ganze deutsche Sozialdemokratie, daß der Genesungsprozess so rasch fortschreiten möge, daß Genosse Auer recht bald wieder in bester Gesundheit an die ihm lieb gewordene politische Arbeit gehen kann.

Das Verkehrsverbrechen im Westen.

Wer nästern die Vorgänge bei dem Eisenbahnstreik im Westen betrachtet, muß sich vollkommen dem Urteil anschließen, daß in dem Kurfürst der Regierung enthalten ist, der am Montag früh in unserem Blatt zu lesen war. Es handelt sich dort nicht um einen wirtschaftlichen Streik — denn die Ausplünderung der Lage trat in demselben Augenblick ein, als den Arbeitern eine Stundenlohn-erhöhung von 1 Mark zugesprochen war —, sondern es handelt sich um den Mißbrauch und disziplinierte, Arbeitermassen durch politische Verbrecher aus den Reihen der Unabhängigen und der Kommunisten. Politische Verbrecher! Eine andere Bezeichnung ist nicht am Platze. Denn wer frevelhaft Leben und Gesundheit hunderttausender städtischer Einwohner, Greise, Frauen und Säuglinge, durch Abschneidung der Lebensmittel- und Milchzufuhr in ihrem Leben bedroht, ist ein Verbrecher. Schonung gegen diese Greuelen bedeutet Freigabe der Bevölkerung. Höher als die Robbenluft eines Häufchens von Volksfeinden steht das Lebensrecht der Bevölkerung. Jeder Säugling, der dort bräuen insulge der Sperrung der Milchzufuhr zugrunde geht, kommt auf das Gewissen der Unabhängigen und Kommunisten!

Keines aller bisherigen Ereignisse hat so dringend die Notwendigkeit einer raschen Organisation des Rotbundes, dieses des Wortes gerecht, als dieser politische Streik. Das Streikrecht ist ein selbstverständliches Recht der Arbeiter. Aber es darf nicht angewendet werden unter Mißachtung der Existenzrechte der Gesamtbevölkerung.

Vorgänge, wie sie sich jetzt im Westen abspielen, beweisen schlagend die Notwendigkeit der von der Regierung gegründeten „Technischen Rothilfe“. Es ist zu wünschen, daß sie fort genug ist, zum Schutze des Lebens der städtischen Bevölkerung im Westen den lebenswichtigen Betrieb der Nahrungsmittel- und Kohlenzufuhr anzuschwerfalten.

Die Eisenbahndirektion Essen veröffentlicht eine Aufforderung an sämtliche Eisenbahnbedienstete ihres Bezirkes, wonach diese sich jeder untergeordneten Einmischung in Betrieb und Verke der Eisenbahnen zu enthalten und den Dienst sofort wieder auszunehmen haben. Wer seine Arbeit nicht spätestens am Mittwoch, den 14. Januar, früh, planmäßig wieder aufnimmt, ist entlassen.

In der Streklage in Düsseldorf ist keine Veränderung eingetreten. Nach einer Verordnung des militärischen Befehlshabers werden Kabarett, Kino und Bard sowie Konjertlokal geschlossen. Diese Maßnahme ist notwendig, weil nur unter dieser Bedingung die Streikleitung Röhren festsetzt. Die Bedingungen der Streikleitung erfordern auch weiter die Absperzung der gewerblichen Betriebe vom Strombezug. Dadurch werden über 10000 Arbeiter, die jetzt ohnehin nur sechs Stunden arbeiten, arbeitslos. Milderungen zu erreichen, war nicht möglich.

Wie die V. F. R. aus Eibersfeld erfahren, ruht im dortigen Eisenbahnbezirk der Eisenbahnverkehr vollständig. Es gehen selbst keine Kohlen- und Lebensmittelzüge. Nur einige Milchzüge verkehren. Insofern ist die Lebensmittelnot in dem Bezirke auch höchste gestiegen; auch die Lage der Industrie ist geradezu katastrophal. Fast in sämtlichen Unternehmungen ist der Betrieb eingestellt.

Wie aus Hamburg gedruckt wird, machen sich die Folgen des Eisenbahnstreiks auch dort sehr bemerkbar. Die Kohlenwerkstoffwerke sind bekannt, daß die gesamte Kohlenzufuhr stillgelegt. Vollige Stilllegung der Straßen- und Hochbahn sowie die Abschaltung der gesamten Industrie vom Stromnetz erscheint unabweislich.

Arbeiterentlassungen und Betriebsstilllegungen werden auch anderwärts erfolgen müssen, wenn der Streik nicht sofort beendet werden kann. Die dadurch ins Gerede gekommenen Arbeiter mögen sich bei den Unabhängigen und Kommunisten bedanken.

Auch der Postverkehr ist durch den Eisenbahnstreik in den westlichen Gebieten fast in Mitleidenhaftigkeit geraten. In einigen Bezirken der Rheinprovinz hat mangels Gelegenheit zur Fortschaffung und in Ermangelung von Mann zur Auffstellung höherer Klassen die Annahme von Postpaketen bereits gesperzt werden müssen. Versuche, die Post mit Lebensmittelzügen oder besonderen Kraftwagenverbindungen zu verbessern, scheitern, weil solche Züge nur unregelmäßig oder überhaupt nicht verkehren, und Kraftwagenverbindungen von den Auskündigen behindert werden.

Die Eisenbahndirektion Eibersfeld hat an alle Kommanden und Dienststellen des Bezirkes eine dringliche Mitteilung gerichtet, in

der es nach Aufzählung der bei den Tarifverhandlungen in Berlin erreichten Zugeständnisse heißt:

„Diese Zugeständnisse berechtigen zu der bestimmten Erwartung, daß die Arbeiterschaft in dem für sie selbst und für die allgemeine Bevölkerung höchst verhängnisvollen Streik auch nicht einen Tag beharren wird. Hierzu kommt, daß die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen aus Frankreich nach neueren Mitteilungen in größtem Umfang bevorsteht. Das der Heimkehr seiner Söhne schuldlos harrende Volk erwartet von den Eisenbahnen die Auslieferung aller Kräfte, damit die Heimkehr der Vielgeprüften auch unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen keine Verzögerung erleidet. Auch die Beförderung der Säge nach den Abstimmungsgebieten steht bevor. Wertvolle Teile des Vaterlandes laufen Gefahr, abgetrennt zu werden, wenn die Abstimmung nach den Vorschriften des Friedensvertrages nicht zum festgesetzten Termin und unter Beteiligung aller Berechtigten erfolgt.“

Jahresfeier der Januar kämpfe.

In Hamburg kam es Montag nachmittags zu großen Plünderungen. Die Plünderer karrten das Rathaus, bemächtigten sich der Waffen, warfen die Akten auf die Straße und räumten dann die Geschäfte der Jägerstraße aus. Die Unruhen behielten sich später auf Marzisch und Bruckhausen aus. Zwischen den Plünderern und der Polizei kam es zum Feuergefecht. Am Abend war die Ordnung noch nicht wiederhergestellt.

Bergarbeiterforderungen in Niederschlesien.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben: In der Montag-Abendausgabe des „Vorwärts“ steht eine Meldung aus Waldenburg i. Schlesien, daß die Bergarbeiter 100 prozentige Lohnaufbesserung, 1000 M. Beschäftigungsbeihilfe und 200 M. Beschäftigungsbeihilfe für jedes Kind gefordert hätten. Diese Meldung ist unrichtig! Die Konferenz hat sich damit befaßt, eine Lohnaufbesserung von 14 M. je Schicht zu fordern. Von Beschäftigungsbeihilfen ist überhaupt keine Rede, solche Forderung ist gar nicht erhoben und auch nicht erörtert worden. Ferner haben die Leute bis jetzt 10 M. Kindergeld pro Monat und fordern nun eine Aufbesserung des Kindergeldes von 10 M. auf 20 M.

Freiheit oder Faulheit?

In den Notizen unter dieser Ueberschrift teilt uns die Oberpostdirektion mit, daß die Postbehörden an der Aufrechterhaltung der Briefe keinerlei Verschulden trifft. Diese Briefe waren während des Krieges von der Militärverwaltung geöffnet und beschlagnahmt worden und lagerten seitdem unter Verschluss und Siegel bei der Post. Nach der Revolution hat die Oberpostdirektion mehrfach bei der Militärverwaltung angefragt, was mit den Briefen geschehen sollte, ohne daß diese die Briefe freigab. Der Fehler liegt also allein bei der Militärverwaltung, die nach der — von uns geteilten — Auffassung der Oberpostdirektion sofort nach der Revolution eine allgemeine Verfügung hätte erlassen sollen, wonach die während des Krieges beschlagnahmten Briefe freigegeben werden. Diesem ist allerdings festzustellen, daß ein postalisches Verschulden bei der Sache nicht vorliegt.

Einen sehr bezeichnenden Fall von Briefzurückhaltung teilt uns Genosse Hermann Wendel mit. Er erhielt das Widmungsexemplar eines in Lausanne erschienenen Buches von Viktor Kühne „Les Bulgares, peints par eux memes“, das ihm der Verfasser am 18. Juli 1917 als eingeschriebene Drucksache sandte, am 7. Januar 1920 mit dem üblichen Vermerk „Aus Anlaß des Krieges zurückgehalten“ zugeht. — Die Ironie der Geschichte aber ist, schreibt Genosse Wendel, daß ich mir dieses Werk, das nach Ansicht der Zensur geeignet war, meinen Seelenbrüdern zu widmen, schon im Jahre 1917 kurz nach Erscheinen auf dem üblichen buchhändlerischen Wege aus der Schweiz besorgt habe.

Zur Volksabstimmung in den Randgebieten.

In allernächster Zeit schon steht ein Teil der deutschen Volksgenossen, und zwar alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen, die in den betreffenden Gebieten geboren sind, vor einer Abstimmung, wie sie bedeutungsvoller und folgereicher noch nie im Leben eines Volkes stattgefunden hat. Es handelt sich bei dieser Abstimmung um nicht mehr und nicht weniger, als um die Frage, ob die in Betracht kommenden Gebiete deutsch bleiben oder an andere Staaten abgetrennt werden sollen. Es ist nicht der Zweck dieser Zeilen, auf die allgemeine politische Bedeutung der bevorstehenden Entscheidung hinzuweisen. Nur soviel sei in dieser Hinsicht gesagt, daß es sich dabei nicht bloß darum handelt, rein ziffernmäßig eine möglichst hohe Stimmenzahl aufzubringen, sondern in vielleicht noch höherem Grade um die moralische Wirkung. Es kann ruhig gesagt werden, daß hier noch einmal um das Ansehen des ganzen deutschen Volkes gerungen wird. Zeigt sich bei dieser Abstimmung Fleiß und Gleichgültigkeit, so ist das für die Entente ein sicherer Beweis, daß sie dem deutschen Volke auch weiterhin alles bieten kann.

Aber die Abstimmung ist gerade für die Arbeiterschaft auch von eminent praktischer Bedeutung. Das gilt ganz besonders für die Gebiete, die eventuell dem neuen polnischen Staate zugeteilt werden sollen und ihm sicher zufallen, wenn die Abstimmung nicht eine überwältigende Majorität für Deutschland ergibt. Ein Uebergang dieser Gebiete an Polen bedeutet für die in diesen Gebieten ansässigen Arbeiter und Angestellten einen Rückfall in wirtschaftliche und sozialpolitische Zustände, wie sie dort vor fünfzig und mehr Jahren bestanden haben. Alle die sozialpolitischen und gewerkschaftlichen Errungenschaften, die die Arbeiter in jahrzehntelangen, opfervollem Kampfe errungen haben, sind verloren, wenn sie an Polen fallen. Wenn sich die Hunderttausende der Arbeiter und Arbeiterinnen, die im Laufe der Zeit aus den östlichen Gebieten Deutschlands nach dem Westen abgewandert sind, der Ursachen erinnern, die sie einstmalig nach dem Westen getrieben haben, und die damaligen Zustände mit den heutigen in ihrer Heimat vergleichen, dann haben sie einen Wahnsinn für das, was dort auf dem Spiel steht. Dann wissen sie, daß die Abtretung dieser Gebiete an Polen gleichbedeutend ist mit dem Verlust alles dessen, was die Gewerkschaften seit dieser Zeit auch im Osten errungen haben. Dahn sind dann die besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen, die die Arbeiter im Osten heute so gut wie ihre Abstammungsgenossen im Westen sich erkämpft haben; vorbei ist es mit dem Arbeitsvertragsrecht der Arbeiter, das sie sich in ihren Tarifverträgen gesichert haben; keine Rede ist mehr von den Arbeiterschutzbestimmungen, die gleichfalls die deutsche Arbeiterschaft durch zähen Kampf durchgesetzt hat; gänzlich in Frage gestellt sind die Errungenschaften der Arbeitervereinsung; vom Akt und Montag, gleichfalls eine Errungenschaft der Gewerkschaften, ist in Polen keine Rede mehr. Die aus polnischen

Groß-Berlin

Dänische Herzlichkeit.

Aus Kopenhagen wird uns gedruckt: Am Sonntag fand die geplante Feier für deutsche und österreichische Kinder in Kopenhagen statt. Das „Konzertpalais“ war von 1000 Kindern besetzt. Auf den Galerien saßen die Pflegeeltern und andere Eingeladene, darunter der Minister Stauning und der deutsche Gesandte v. Neurath. Das Arrangement, von Mitgliedern des deutschen sozialdemokratischen Vereins „Vorwärts“ geleitet, klappte völli.

Im Namen der Eltern der in Dänemark mit so großer Herzlichkeit bewirteten Kinder haben wir an die Adresse unseres Bruderorgans in Kopenhagen sofort telegraphisch unseren herzlichsten Dank für die Veranstaltung des frohen Festes und die dabei Mitwirkenden ausgesprochen.

Groß-Berlin im Ausschuss.

Der Ausschuss der Preussischen Landesversammlung für die Beratung des Gesetzentwurfs zur Schaffung einer Stadt Groß-Berlin nahm Montag die allgemeine Aussprache über den Gesetzentwurf vor. Der Abg. Dr. Frenzel (Dem.) warf die Frage auf, ob nicht angesichts der neuen Reichs- und Einkommensteuer der Kreis der künftigen Stadt Groß-Berlin enger gezogen werden könne. Auch über die Finanzlage des künftigen Groß-Berlin und über die Selbstverwaltung in den einzelnen Distrikten sei man noch nicht klar.

Die Generaldebatte wurde dann beendet und beschloss, Dienstag in die Spezialberatung einzutreten. Ein Antrag der Reichs- und Einkommensteuer der Kreis der künftigen Stadt Groß-Berlin enger gezogen werden könne. Auch über die Finanzlage des künftigen Groß-Berlin und über die Selbstverwaltung in den einzelnen Distrikten sei man noch nicht klar.

Die Märchen des Steinklopferhanns.

Von Ludwig Angenbruck.

3. Die Gesicht von der Maschin'.

Vergangene Walpurgisnacht war's — natürlich wie der Tag vorher war, tagüber ist's aber laut hergegangen, ein'm Fabriksherrn in der Gegend sein seine Arbeiter z'mider Wort'n, er hat sich an ihrer Stell' Maschiner ang'schafft, die Lärmmacher fortg'schickt und d's braven Teut' zu d's Maschiner g'stellt. D's war am Vormittag. Nachmittag aber sein die Ab'dankten alle von d's Wirtshäuser, wo sie sich „Trost im Leiden“ g'holt haben, aus'zogen, der Fabrik zu; hinter ihnen her und mit ihnen Tagdieb', Gaunerer, Tagwörter, kurz, allerhand G'sindel — ich war a dabei.

Wie wir zu der Fabrik' kommen sein, sein wir ganz fed hineingegangen, d's braven Teut', die noch drin in Arbeit waren, haben uns zwar d's verweh'r'n woll'n, aber wie i' zum Berkosten a noch a paar Bussi' kriegt hab'n, da sein i' auf das, was nachkommt, nimmer neugierig g'west, sondern sein gutwillig davong'rent; der Herr und sein Buchhalter sein derweil vors Haus g'rent und haben bald dort, bald da ein Träupel Teut' mit schöne Reden beschwichtigt. Derweil d's draußen zu d's Ung'fährlichen schön g'redt haben, hat's drin in Haus zum frohen und poltern ang'sangt — d's waren waren mir von drinnat, wie wir uns über die Maschiner berg'macht haben. I bin so a Weil' dabei g'standen, hob' zug'schaut, und wie's grad wieder über so ein Ding geht, da reißt's mich — tuft a nit! — und i heb' da so a Trumm Eisen auf, hol' aus und hau' zu, d's Ding macht no ein Reu'wejer, und hin war's!

Daß ich sag', d's war so ein schöner Durcheinander etwa noch a Viertelstund', dann heißt's auf einmal: Ausschalten und verschwinden, von der Kreisstadt kommt a ganz's Bataillon Jäger. O du Schmerzharter Sebastian! Raum sagst das einer zum andern, so hör'n wir i' a schon blasen! No, jetzt ist der Wirrwarr an'gangen, 's Treten und Druden, 's Arretieren, Kolbenstöß' — ich weiß nur mehr, daß ich mit genauer Not durchgerutcht bin; mit ein' Joger, der mich hat aufhalt'n woll'n, bin ich in'n Graben h'unter'knallt, und wie mir uns all' zwei aufhelfen, kommt ihm die Bajonettschneid', die langwändig' Lederkurtz, zwischen die Füß', und eh' er sich noch wieder aufgleich zappelt hat, war ich schon lang im Wald.

Die Lohnforderungen der Straßenbahnangestellten.

Der Aufsichtsrat der Großen Berliner Straßenbahn hat, wie wir erfahren, die neuen Forderungen der Bureauangestellten und des Betriebspersonals des Unternehmens eingehend beraten. Er stimmte grundsätzlich den Anträgen der Direktion auf Erwerbung größerer Anlagen zwecks Errichtung einer modernen Hauptwerkstätte zu. Die neuen Werkstättenanlagen sollen in Wittenau errichtet werden. Für die weitere Behandlung dieser Frage wurde ein Unterausschuß eingesetzt.

Für 2 1/2 Millionen Schmuckfächer gestohlen.

Von Einbrechern heimlich wurde das in der Nähe von Zilkenitz in der Mark gelegene Schloß des Geheimrats v. V. In dem Ankleidezimmer der Frau v. V. befand sich in die Wand eingebaut ein schwerer Tresor, in dem der gesamte Familienschmuck ruhte. Frau v. V. hatte ihn am Abend vor dem Raube ebenso wie das offene Fenster in gewohnter Weise geschlossen. Als sich am Nachmittag des anderen Tages das Ehepaar im Speiseaal befand, wurde der Diebstahl verübt. Erst gegen 8 Uhr abends entdeckte Frau v. V., daß alle Schmuckgegenstände des Ehepaars verschwunden waren, ohne daß das Schloß jedoch Verletzungen zeigte. Sachverständige stellten fest, daß der sehr kunstreiche Mechanismus des Stahlschranks unverletzt war, und die Diebe den Tresor mit einem ordnungsgemäßen Schlüssel geöffnet haben müssen. Nur die Jase wußte, wo sich der Schlüssel befand. Nach einigen Tagen bemerkte man in der Nähe des Schlosses auf einem Acker mehrere Eisen, in denen die Schmuckstücke aufbewahrt worden waren. Es ist anzunehmen, daß der Einbrecher nach Berlin gefahren ist, um seinen Raub an den Mann zu bringen.

Unter den gestohlenen Juwelen befindet sich ein Perlensackband, das vor dem Krieg einen Wert von 250000 M. besaß und das aus 53 Perlen besteht. Weiterhin befindet sich unter der Diebesbeute auch ein Platinanhänger mit einem aus einem riesigen Smaragden geschliffenen Frauenkopfe; ferner ein aus Gold gearbeiteter Blumenkorb, dessen Blüten aus farbigen Edelsteinen bestehen; mehrere Garnituren Armbänder, Perlen- und Brillantohrringe usw. Vor Ankauf wird gewarnt.

Betriebsrätekursus.

Wir empfehlen allen Teilnehmern der Betriebsrätekurse, also auch den Teilnehmern an dem Kursus von 6 bis 8 Uhr, bringend, an dem einleitenden Vortrag des Ing. Wolst am Dienstag, den 13. Jan., 4 1/2 Uhr, teilzunehmen. Der Vortrag findet, wie auch alle übrigen Vorträge, im Sitzungssaal des Herrenhauses, Leipziger Straße 4, statt.

Ist das wahr?

Seit zirka vier Wochen hat man auf dem Lehrter Bahnhof 3000 Tonnen Kohle als Reserve aufgespeichert, ein Quantum, das den Normalbedarfsbestand für den Betrieb dieses Bahnhofes darstellt. Die sogenannten „Wansen“ sind bis zum Rand gefüllt, außerdem stehen seit zirka drei bis vier Wochen 40 bis 50 Waggons mit ungefähr 700 Tonnen Kohlen auf dem Bahnhof, die nicht abgeladen werden können. Alle Vorstellungen beim Eisenbahnvorstand seitens der Eisenbahnbeamten, diese Kohlen für die Berliner Industrie abfahren zu lassen, haben nichts genützt. Der Kohlenverbrauch aus den Wansen wird durch die Anfuhr des täglichen Bedarfs immer wieder ausgeglichen. Der Lehrter Bahnhof hat also eine stattliche Kohlenreserve, bekommt seinen täglichen Bedarf und „hamkert“ noch nebenbei 700 Tonnen Kohle! Eine Nachprüfung dieser, einer Meldung der V.-S.-Korrespondenz entnommenen Angabe, ist und bisher nicht möglich gewesen. Wir enthalten uns daher vorläufig jeden Kommentars und erwarten die Antwort der zuständigen Stellen.

Vermischte Lokalnachrichten.

Die Große Berliner Straßenbahn teilt mit, daß nach Beendigung der Reparaturarbeiten in der Berliner Straße zu Neußlin vom Mittwoch, den 14. d. M., ab die Wagen der Linien 7, 15, 27, 47, 48, 53 und I wieder ihren fahrplanmäßigen Weg verlassen. — Die vom Bläser-Orchester zu veranstaltenden Schülerkonzerte finden am 19. Januar, 2. und 27. Februar 1920 in der Brauerei Königsplatz statt. Die Konzerte beginnen jedesmal um 4 Uhr nachm. — In Spandau machten sich Einbrecher nicht nur an lebende Pferde

beran, sondern auch an künstliche, die sie in der Landbesturnanstalt fanden. Sie leberten diese „Pferde“, Sprunggeräte und 12 Sprungmatrizen vollständig ab, außerdem noch einen Kasten und einen Post. Das Leber hat einen Gesamtwert von 40000 M. — Mit 400000 M. durchgebrannt sind der Feldintendantur der Deutschen Legion die Soldaten Leo Schwarz und Kerst. Die große Summe, die sie unterschlugen, besteht aus 200000 M. in Hundertmarkscheinen mit grünem Stempel, 100000 M. in fünfzigmarkscheinen vom 24. Juni 1919 und einigen fünfzigmarkscheinen vom 30. November 1918. Es wird vermutet, daß die Dursbrenner, die Papiere auf den Namen eines 52 Jahre alten aus Stolz in Pommern gebürtigen Intendanturassistenten Will Hermann Franz Guth, aber auch gefälschte Papiere auf unbekannte Namen mit dem Stempel der Feldintendantur besigen, in bürgerlicher Kleidung im Auto unterreifen. — Von falschen Kriminalbeamten verhaftet wurde ein Silberhändler aus der Bölgowstraße. Der Mann beschäftigte sich mit dem Verkauf von Silbermünzen. Vor acht Tagen riefen ihn zwei Männer an und stellten ihm in Aussicht, daß sie zum Abkauf eines Geschäftes zu ihm kommen wollten. Während der Verhandlungen erklärte er untermittelt, daß sie Kriminalbeamte seien und „beschlagnahmen“ 65000 Mark, verhafteten den Händler und fuhrten mit ihm nach dem Alexanderplatz, wo sie Gelegenheit fanden, mit dem Gelde zu verschwinden. — In der Schönholzer Heide wurde ein etwa 50 Jahre alter Mann, dessen Verurteilung bisher noch nicht festgestellt worden ist, erhängt aufgefunden. Der Tote hat stark ergrautes Haar, und war mit grün gestreiftem Ueberzieher bekleidet. Nachrichten über die Verurteilung des Toten werden an die Polizeiverwaltung Berlin-Niederichthausen erbeten.

Wilmersdorf. Stadtverordnetenversammlung. Die Bureauwahlen ergaben dasselbe Ergebnis wie 1919, unsere Genossen Behrens und Kempfer wurden wiedergewählt. Zwei Vorschläge, die eines weiteren Zuschusses an die Volkshochschule in Höhe von 5000 M. sowie die Ermächtigung zur Enteignung des Lehner Platzes am Kurfürstendamm gehen an den Finanzausschuß. Angenommen wird die Verstärkung der Feuerwehr um 2 Oberfeuerwehrmänner und 14 Feuerwehrmänner. Die Kosten betragen 89000 M. Für die Anschaffung von Anzügen und Schulkleidungen für die städtischen Gärtner wurden 4200 M. nachbewilligt. Diese Ausgaben steigen somit auf 16974,90 M. Auch für die Magistratsbücherei wurden 2000 M. für Ueberschreitungen des Voranschlags bewilligt werden. Trotz der Räte trat die Versammlung auf unseren Antrag weiter, damit eine rege Debatte über die Umwandlung der untersten Klassen der bisherigen Vorschulen hervorgerufen. In dem Sonderausschuß, der hierfür eingesetzt war, waren sich alle Parteien von rechts bis links einig, im Plenum wollten die Bürgerlichen durch neue Vorschultritte den Beschluß des Ausschusses wieder illusorisch machen, aber an der Geschlossenheit der beiden sozialdemokratischen Fraktionen sowie der Demokraten scheiterte der Versuch Dr. Leibigs. Der Antrag wurde wie folgt angenommen: Der Magistrat wird ersucht, geeignete Maßnahmen zu treffen, daß von Ostern 1920 an die untersten Klassen der Knaben- und Mädchen-Vorschulen der Mittelklassen eingeschult werden, alle Kinder, die schulpflichtig werden, gemeinsam eingeschult werden. Der Erfolg der Annahme dieses Antrages geht mit aller Deutlichkeit, daß mit Hilfe der Demokraten, wenn sie ernst als solche genommen werden sollen, so mancher andere Vorlage zugunsten der Arbeiterbevölkerung zustande gebracht werden kann.

Neußlin. Die Eröffnung des II. Lehrganges der Volkshochschule findet am 15. Januar, 8 Uhr, in der Aula, Boddinstr. 34—41, statt. Stadtschulrat Dr. Buchenau wird einen Vortrag über „Ziel und Aufgaben unserer Volkshochschule“ halten, ferner werden musikalische Darbietungen zu Gehör gebracht werden. Die eingeschriebenen Hörer der Volkshochschule haben gegen Vorzeigung ihrer Hörerkarte freien Eintritt, soweit Platz vorhanden ist.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Wariendorfer-Zährnde. Februar. Vollmilchsorten mindestens 16 Pf. dem Milchbändler vorlegen. 250 Gr. ausländische Narmelade (105). Für Jugendliche 125 Gr. Gerstenmehl (47). Generalschickensorten für Januar-März bis 17. von 8—12 Uhr.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Wir weisen unsere Genossen auf das in der vorliegenden Nummer befindliche Inserat des Bezirksvorstandes betr. die Bezirksversammlungen am Mittwoch besonders hin.

Und im Wald war's schon nachtig und wie ich mir grad so denk': Teufel h'nein, jetzt hast noch a gut Stück Weg heim, sollt mer ein: Seunt is Walpurga! Mir wird da glei nit recht g'heuer, noch kein h'unders ruhig's G'wissen hab' i grad a net g'hobt, was ich in der Fabrik' stud' tan hab', war ja a grad kein h'unders recht'schaffen's Stud' Arbeit und doch ich zulezt die Obrigkeit sich noch mir hab' abegawpeln lassen, war auch nit schön; aber da hat mich doch eins tröst': warum hat a die Obrigkeit so ein langen Ueberjähmung g'habt.

Sollt auf'm Fahrweg verbleib'n? Geht die einjamsten Steig'? Geht lieber gar aufi aus 'm Wald auf die mond'helle Wiesen? Was tuft, was is g'scheiter? So hab' ich spintifiziert. Und wie ich mich noch so bedenkt', komm' ich von freien Stücken aus 'm Wald außer, wids ja alle den Fled enter der Rieslermühl', wo rechts und links die Weidplätz' in der Höb' lieg'n und mitt' durch führt ein kleiner Hohlweg nach der Strag'; von weitem hat man die Mühl' g'hört, sonst war alles mauerstill, d's Bäum' sein bodstief da-g'standen, kein Lüstel, aber der Mondschein, ich sag' euch's, der war anderscher als sonst, der hat so aufdringlich g'leucht, als mußt' er über jedes Steindl am Weg was zu sagen, um die Großhalm', wie i' am Hohlwegrand herunter'hängt sein, hat er g'pölet, und die Schatten haben völlig zittert in sein' Glanz, es war frei ein laut's Licht!

Und grad, wie wir d's zum g'fassen anfängen will, wird mir auf einmal ich weiß nit wie; inmitten vom Hohlweg war ich, sonst wär' ich glei lieber wieder z'mach'rent. Da kommt's a schon von weitem her auf mich zu — ein' mächtig groß Ding, glänzt, daß ein'm völli die Augen weh tun, aus sein Gut is Rauch auf'lieg'n, auf der ein' Seiten hat's ein Radl g'habt, da war ein mächtig langer Schwungriem dran, und wie's so auf mich zurogelt, und ich schau' so auf den Soppermentriem', den' ich, jetzt is's leht' End', wenn d' ein' so ein' Wizer kriegt, tut dir kein Wein mehr weh! Sichten steht das Ding auf einmal still, ofnaust Dampf aus, und laßt den Schwungriem' fallen. Da is mir glei leichter g'west. Und sagt das Ding zu mir: Kennst du mich? Soq' ich drauf: Nein, aber mir wär's lieb, für ein anders Mal, wenn's sein könnt', denn heut is mir nit recht gut und ich bin zu solchen Dummheiten nit aufg'legt. Drauf sagt d's Ding nit ein' Wiffen, sondern tut ein Reu'wejer und sieht still. Jesses und Joeseph, da hab' ich's d'erkennt — war d's d's selige Maschin', d's ich heut in der Fabrik um'bracht hab'!! Des kenn't's eng denken, wie wir da war, allein, in der

Walpurgisnacht mit so ein'm Spuk. 's Herz hat mir völliig aus 'm Leib heraus wollen vor Angst.

Sagt die Maschin' noch immer so rauch und stoßweil' wie vorher: Fräut' dich nicht. Tu, was ich dir sag', da hinten an mir hängt ein Radl mit Del, schmier nich.

So viel auch meine Händ' zittert haben, was mir jeder glauben kann, so hab' ich doch die Radl h'runter g'nommen und hab' halt, so gut ich's troffen hab', das Maschin'gespenst geschmiert.

Und wie's geschmiert war, hat's auf einmal mit milder Stimm' ang'hebt zum reden: Hanns, hat's g'ragt, du warst heut auch einer von d's dummen Stempeln, d's sich nichts g'weisers g'tim g'wuht hab'n, als anderer Teut' Sachen zu ruinieren, und die kein' Respekt haben für das, was von braver Arbeit und recht'schaffenem Studieren in mir liegt! Aber d's versteht's ös net und da mußt' man stillhalten und sich zerschlagen lassen. Des wolt's halt nit verstehen, nit begreif'n, überhaupt nit lernen, es „glaubt“ sich halt so viel leicht und es „weiß“ sich halt so viel schwer, und so lang's a so bleibst, geht die ganze Kufflärerei wie a Kindertanz um 'n Maibaum allweil rumbum und ohne daß man en g'heit machen kann, soq' mer eng nur allweil: „Wie ös dumm seids!“

Da sag' ich drauf: Bergelt's Gott, aber dazu brauch' mer kein Maschin', d's sag'n wir uns selber untereinander all' Tag. Ah, so g'heit sein mir schon, daß mer dumm sein! — Denn wie d'orhin der Spuk so freundlich und ein-dringlich g'redt hat, hab' ich mir a Herz g'faht g'habt, is mir aber glei wieder abig'rufsch, wie's Maschin'gespenst anhebt: Sichten steig auf mein' Rücken, du mußt mit!

Ich will grad alle Heiligen zu Heugen anrufen, daß ich jeit der Kavallerie kein Roß mehr ang'schaut hab', daß ich Maschin'reiter schon gar keiner bin.

Aber da stoßt d's Ding fuchtig sein' eisern' Arm in den Stiefel auf der ein' Seiten und droht 's Radl auf der andern, daß der Schwungriem' fliegt.

In Gott's Jesu Nam', hab' ich mir denkt und bin halt aufg'lieg'n, und wie ich sit', geht's a schon furt, daß mer der Atem und die Sinn' aus'geblieben sein, ich könnt' eng's d'drum a nit sagen, wohin mich der Molekül'puß' g'führt hat. 's war mir aber so, als läß' ich auf 'm höchsten Berg von der Welt, wie er heißt, könnt' 's ja 'n Schulmeister frag'n, g'nug, daß ich droh'n war in der Walpurgisnacht vergangen's Jahr.

Und wie ich so herunter'quä' auf d's Welt unter meiner, sagt die Maschin': So ist's jetzt! (Fortf. folgt.)



Weinbrand Cognac Marke

Goldstück

Jacob Stück Nachfolger Hanau

Cognacbrennereien

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus.
Madame Butterfly.
Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus.
Peer Gynt.
Anfang 6 1/2 Uhr.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7 Uhr: Und das Licht
scheinet i. d. Finsternis
Mittw. 7 1/2 Uhr: Jackobs Traum.
Kammerspiele.

7 Uhr: **Advent.**
Mittwoch 7 Uhr: Iwanow.
Gr. Schauspielhaus
Karlstraße.

7 1/2 Uhr: Orestie (29. Abt. 1. Abt.)
Mittw. 7 1/2 Uhr: Orestie (30. A. 1. A.)

Theater i. d.
Königgrätzerstraße
1 1/2 U.: Schloß Wetterstein
Mittw.: Stützen der Gesellschaft
Donst.: Schloß Wetterstein

Komödienhaus
1 1/2 Uhr: Sie.
Berliner Theater
7.15 U.: Bummel-
Studenten

Central-Theater.
7 1/2 U.: **Fräulein Puck.**
Deutsches Opernhaus

7 Uhr: Hänsel und Gretel.
Hierauf: Tänze.
Die Tribüne

7 1/2 U.: **Franziska.**
Eden-Theater

7 1/2 U.: „U. A. W. G.“
Friedr.-Wilhelms-Th.

7 1/2 Uhr: **Gretchen.**
Kleines Theater.

7 1/2 Uhr: Die Pfarrhauskomödie.
Kl. Schauspielhaus.

7 1/2 U.: Die unberührte Frau
Komische Oper

7 1/2 U.: **Dichterliebe.**
Lustspielhaus
Arnold Rieck in:

7 1/2 U.: Der Großstadt-Kavaller
Metropol-Theater.

7.10 Uhr: **Sybill**
Neues Opernhaus.

7.15 U.: Die kleine Heide.
Schiller-Theat. Charl.

7 1/2 U.: Der Band der Jugend.
Thalia-Theater

7 1/2 U.: Die närrische Liebe
mit Oskar Sabo a. G.
und Ferry Sikla a. G.
Th. am Nollendorfsplatz
7 1/2 Uhr:

Volksbühne
Theater am Bölowplatz.
6 1/2 Uhr: Götz von Berlichingen.

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky
7 1/2 Uhr: **Pygmalion.**
Mittwoch 7 1/2 Uhr: Pygmalion.

Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich **Cyprienne.**
7 1/2 Uhr:
(Konstantin, Götz, Walter.)

Apollo-
Theater
Dir.: James Klein

An einem Abend
Wettrekordmann
Heros
berühmt. Kraftjongl.

Curran
Tollkühnheiten
a. schwankend. Mast.

4 Uessesms
Sensations-Akrobat.
Hadjes & de Vynos
Meistersch.-Tänzerp.

2 Ottkars
Urkom. Reckakt.

4 Sternas
Rangen im Seebad.
Sowie pers. Auftreten
der berühmt. Renn-
fahrer wie: Lorenz,
Pawke, Techner
und andere:

Radrennen
auf der Bühne

Passage-Theater
Unter d. Linden 22/23
Dir. M. Sollman.

2 Uraufführungen 2
Der Mutter
Sünde
oder
Sie geht den-
selben Weg.

Eine Tragödie
aus d. modernen Leben
in 5 Akten.

Haben Sie etwas
gemerkt?
Lustspiel in 3 Akten.
Hauptrolle:
Paul Heidemann.

Casino - Theater
Lothringerg. 37. Tägl. 7 1/2 U.
Der Schlager der Spielzeit.

Schniepels Lene
Berliner Volksstück in 3 Akt.
Dazu der Operetten-Sketch
„Erwischt“ m. Viktor Litzke.
Sonntag 8 1/2 Uhr. Frohes Fest.

Winter-Garten
Täglich 7.15 Uhr:
Variété-Spielplan
Rauchen gestattet!

Ufa-Lichtspiele
Tauentzienpalast
Allabendlich 7 und 8 1/2 Uhr
Sonntags 4, 6, 8 Uhr
Ophir, die Stadt der Vergangenheit
5. Teil des grossen May-Films
Die Herrin der Welt
In den Hauptrollen:
Mia May
Michael Bohnen
Paul Hansen
Künstlerische Oberleitung: **Joe May**
Regie: **Uwe Jens Krafft**
Ab Freitag, den 23. Januar
6. Teil
Die Frau mit den Milliarden
Vorverkauf: 11 bis 1 Uhr

Wochentags ab 7 Uhr
Sonntags ab 4 Uhr

UFA THEATER UFA

Die Herrin der Welt

U.T. Hasenheide
2. Teil
Die Geschichte der Maud Gregaards
Männl. Hauptrolle: **Hans Nierendorff**

U.T. Alexanderplatz, Weinbergsweg 16, Schöneberg
3. Teil: **Der Rabbi von Kuan-Fu**
Männliche Hauptrolle: **Michael Bohnen**

U.T. Kurfürstendamm 28, Nollendorfsplatz 4, Friedrichstr. 180
4. Teil: **König Makombe**
Männliche Hauptrolle: **Michael Bohnen**

Titelrolle: MIA MAY
Künstlerische Oberleitung **Joe May**

Ufa-Lichtspiele Tauentzienpalast
Erste Woche! 5. Teil
Ophir, die Stadt der Vergangenheit
Männliche Hauptrolle:
Michael Bohnen
Paul Hansen

Der Vorverkauf in den Ufa-Lichtspielen Tauentzienpalast findet von 11-1 Uhr statt.
Der Vorverkauf in den Ufa-Lichtspielen Tauentzienpalast findet von 11-1 Uhr statt.

Kammerlichtspiele
Mozartsaal

Der Präsident
nach dem Roman von **Karl Emil Franzos**

Ut mine Stromtid
nach Fritz Reuter
In den Hauptrollen:
Hedda Vernon / Wilh. Diegelmann
Ed. v. Winterstein / Fritz Dellus
Reinhold Schünzel / Eugen Rex
Regie **Hubert Moest**

Schall u. Rauch
im Großen Schauspielhaus
Karstr., Schiffbauerdamm.
Gussy Hell
Nady Christians
Paul Gratz
Friedr. Hollander
Hilde Gad
Hubert von Meyerhof
Ann Heusinger
Olli Sudahl
Fritz Feld
Karikaturentfilm von Trier
Eröffnung 7 1/2, Beginn 8 1/2 U.

METROPOL
KABARETT
SCHREIBST. 53-54
Janos u. Olivia
Marg. u. Luise Duwa
Leo Florenz
Franz Gravenhorst
Spieß u. Geo
Annie Klemmchen
Clare Feldern

Senta Söneland
in ihrem Sketch
„Pst Pst“
mit **Fritz Berger**.
Kapelle Mundi Neumann.
Am Filgel: E. Bentschel.

Circus Busch
7 1/2 Uhr: Gr. Circus-Pragr.
U. a. Burgos-Co.
Resna u. Ass.
2 Lannson. O'Leary.
Uhr: **Aphrodite**

Admirals-Palast.
Die lustige Puppe

Admirals-Kino
Die lebende Tote
mit Henny Porten.

Eckhoffbauer
E Volkvarieté
Warschauer Str. 34/36.
Täglich
7 erstklassige 7
Variété-Nummern
Die neue Borleske:
30 000 Mark.

Freie Deutsche Bühne
Wochenchrift für Kunst
Herausgeber: Max Epstein
u. Emil Lind-Perlin unter
Rittheit kritischer Aufsätze.
Inhalt: Theater, Film,
alle Zweige der Kunst,
Ergänzungen, Dancerebe
Besprechung d. Kunstwertig.
Gela nützlich, Deutschlands
d. führende Kritik, Berlins.
Berlin W.B. 7.
An der Linden 11.
Goeben erschienen Heft 20:
Kantone u. d. Schauspielerei,
v. Dr. Monty Jacobs. — Eine
Akte (Haunder). — Die Hofe,
a. Bild Handl. — Rühm-
schre, v. Emil Lind. — De-
schreiben, v. Jan Wismberg
— Das Recht auf den
Theaterstempel, v. Max Ep-
stein. — Politische u. Kultur-
tar. — Rundschau: B. T. E-
film — Louis Comperis. —
Im Geist (Dr. H. Bachma).

**Leder-
Möbel-
Fabrik**

verkauft direkt
ohne Zwischenhandel
Klubsessel
und **Leder-Sofas**
in pr. garant. echt Leder
zu billigen Preisen.
Curt Roeder
Innungsmeister
Berlin SO 36
Oranienstr. 25.

UFA-PALAST
AM ZOO

Heute! **25.** Male
zum **25.** Male
Mit grossem Erfolg!
HENNY
PORTEN
in
Monica Vogelfang
nach Felix Philippis Novelle

Wochentags..... 7 u. 9 Uhr
Sonntags..... 4, 6, 8 Uhr
Vorverkauf 11-1 (ohne Aufschlag)

Spathe
Flügel
Berlin W. 9
Königsplatz 11

MOEBEL
gegen Bar und Teilzahlung
In großer Auswahl zu billigsten Preisen.
**Wohnzimmer, Schlafzimmer, far-
bige Küchen, einzelne Möbelstücke.**
Grösste Rückzicht!
Gekaufte Möbel können kostenlos lagern.
M. Landwehr, Müllerstr. 7, 1.
direkt a. Wedding!

Kriegsanleihe nehme in Zahlung.

Pl.-Zähne
nicht unt. 8 M.
Alte Gebisse, Goldsachen,
Silbersachen, Gold- u. u.
Silbermünzen, Platin
kauft Frau Knuth, Zions-
kirchstr. 54. v. II 140.20c

Ziehung 20. u. 21. Jan.
Rote + Lotterie
Gesamt v. d. Gewinne Mk.
100 000
50 000
10 000

Lose zum Preise v. 3,30 M.
Postgeb. u. Liste 50 Pf. ausserd.
in feiner
10 Lose Banknotentasche 88 M.
Gustav Haase Nehtig.
Bin. Neue Königsstr. 86
und Alexanderstraße 38.

**Elektro-
Motoren**

fürn Autobleibe laufe laufend in
Engpassreifen. Unterhalte in
deutendes Lager.
Ing.-Büro Theo Boesel
Berlin W 30, Ströbenstr. 1
Tel. 20509 970.

Maskerade.
Mittwoch 4: Max und Moritz.
Donnerstag 4: Rotkäppchen.
Freitag 4: Max und Moritz.

Rose-Theater.
7 Uhr:
Die im Schatten leben.

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Die Csárdásfürstin.
Olympia-Theater
Strüber Volgt, Badstr. 55)
Täglich abends 7 1/2
Verheiratete Junggesellen.
Große dreistellige Posse.
Varn Spezialitäten.

Elite-Sänger
9 renom. Mitgl. der
Weltber Sänger.
Sonnt. nehm. 8 Uhr
ermäß. Preise (voll-
ständ. Programm)
1 Kind frei!
Rauchen gestattet.
Vorgang-Konzert. Beg. 7.30 Uhr.
Vorverk. 11-1 1/2 u. 4-6 Uhr.

CIRCUS
BARNUM-SCHAU
Reitbahn Ritterstraße,
Ecke Alte Jakobstraße
Dienstag, 13. Januar:
Internationaler
Ringer-Wetstreit
um den großen Preis
von Berlin.
Gesamtpr. 10 000 M. Lohr
Bohm-Hinsmann
Sikku-Zucker
Maxdonale-Rayons
Klonscherl-Lobnizer
Vorber gr. Circus-Pragr.
Anfang 4. Vorst. 7 1/2 Uhr.
der Ringkämpfe 8 1/2

Reichshall-Theater
Jedenabend 7 1/2, und
Sonnt. 9m. 8 U.
Stettiner
Sänger.
Rachmuntage
ermäßigte Preise

BTL
Potsdamer Str. 38
Turmstr. 12
Lotte Neumann
im Lustspiel
Der Klapperstorch-
Verband.
Friedenau, Rheinstr. 14
Alexanderplatz-Pass.
Die Herrin der Welt
1. Teil mit
Mia May.

Plötzlich und unerwartet nach Sonnabend früh unter heftig, allseitig verehrter Mitwirkung, der Schriftföhrer

Hermann Eimer

im 60. Lebensjahre. Der Verstorbene war seit dreißig Jahren ununterbrochen am „Vorwärts“ beschäftigt. Sein ehrlicher Charakter, sein freies, offenes, kameradschaftliches Handeln ließen uns unerschrocken und ließen ihm ein ehrendes Andenken.

Geschäftsleitung und Personal der „Vorwärts“-Buchdruckerei.

Nach kurzem Krankenlager verschied am 10. Januar, morgens 1/2 Uhr, plötzlich und unerwartet in hiesiger Wohnung, unser langjähriger Bekannter Herr Hermann Eimer, Schriftföhrer, im Alter von 60 Jahren.

Die Beerdigung erfolgt morgen, Mittwoch, vorm. 11 Uhr, auf dem Friedhof der Freiwilligen Gemeinde in der Pappelallee.

Sozialdemokr. Verein Berlin (S. P. D.)

Unter langjähriges Mitgliedschaft

Hermann Eimer

Schriftföhrer, Pappelallee 13,

ist am 10. Januar im 60. Lebensjahre verstorben.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung erfolgt morgen, Mittwoch, vorm. 11 Uhr, auf dem Friedhof der Freiwilligen Gemeinde in der Pappelallee.

Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Nach kurzem Krankenlager verschied am 10. Januar, morgens 11 Uhr, auf dem Friedhof der Freiwilligen Gemeinde in der Pappelallee 13/17 Hett.

Hermann Eimer

im 60. Lebensjahre.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 14. Januar, nachmittags 11 Uhr, auf dem Friedhof der Freiwilligen Gemeinde in der Pappelallee 13/17 Hett.

Sozialdem. Wahlverein Neukölln (S. P. D.)

Nachruf.

Den Mitgliedern die herzlichste Beileidigung, das unsere langjährige Bekannte Frau

Minna Seifert

61. Weg, VII. Bld.

nach schwerem Leiden verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Der Vorstand.

Sozialdem. Wahlverein Neukölln (S. P. D.)

Nachruf.

Den Mitgliedern die herzlichste Beileidigung, das unsere langjährige Bekannte Frau

Minna Seifert

61. Weg, VII. Bld.

nach schwerem Leiden verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Der Vorstand.

Nachruf.

Am 5. Januar 1920 starb nach längerem schweren Leiden unser Brauföhrer, Herr

Max Gatzke

Wir betrauern in dem Heimgegangenen einen schaffensfreudigen, pflichtfertigen Mitarbeiter, der uns durch lange Jahre wertvolle Dienste geleistet hat.

Wir werden dem Entschlafenen ein bleibendes ehrendes Andenken bewahren.

Pankow, den 9. Januar 1920.

Direktion der Engelhardt-Brauerei A.G.

Von der Reise zurück

J. Kirsch, Dentist

SO 16, Michaelkirchstr. 34, Ecke Cöpenicker Straße

Telephon: Moritzplatz 117 50

Sprechstunden: 9-1 und 3-6, Sonntags 10-12.

Spezialarzt Dr. Hasché

Goredrumben 10-1, 5-8, Sonnt. 10-1.

Friedrichstraße 90

Dr. med. Hollaender

Spezialarzt

Aufklärende Broschüre Nr. X.

2.50 M. gegen Nachnahme.

Berlin, Leipziger Str. 108 / täglich 11-1, 5-7 Uhr.

Hamburg, Kolonnenaden 26 / Sonntags 11-1 Uhr.

Frankfurt a. Main, Beilmannstr. 56.

Was in jeder Ehe fehlt,

das ist das von Friedr. Robert jetzt bereits in 4. Aufl. erschienene, mit 46 vorzefflichen, den Text erläuternden Abbildungen versehene Werk

„Die Offenbarungen im Geschlechtlichen“

Das Urteil aller ist einzig günstig. Von der Wissenschaft ist das Buch rückhaltlos anerkannt, leider war das Buch in letzter Zeit verboten.

Wer das Glück seiner Ehe festigen will, wer die Quellen, die die Gatten während der ganzen Geschlechtsperiode empfinden, vermeiden möchte, dem empfehlen wir die wissenschaftlichen Aufklärungen, wie solche in dem Buche „Die Offenbarungen im Geschlechtlichen“ enthalten sind, aufs angelegentlichste, es wird wie eine Befreiung von Not und Pein empfunden werden. Dieser Vorschlag wegen ist dieses Buch beliebt, wie kein anderes in der Ehe.

Preis 31, 7.50, Nachn. 60 Pf. teurer. 164/10*

Linsler-Verlag, Berlin-Pankow 100 L.

Spezial-Abteilung

Uniformenfärben, in Privatumarbeiten

in Schwarz, Braun, Blau, Grün, in 3 Tagen sowie

Wenden, Umarbeiten, Umarbeiten

von Herren- und Damengarderoben in 3 Tagen.

Stoffneheiten, Stoffausstellung.

Zugaben wird jeder Artikel in 6 Tagen geliefert und in 24 Stunden chemisch gereinigt. Abholung und Zustellung kostenlos.

Original-Englische Stoff-Waare.

Zeitraum in 48 Stunden.

Basch & Buczkowski, Friedrichstraße 68 I.

Brillanten Juwelen

hauft zu hohen Preisen

Ballhausstr. 155, Schpt., Ecke Unter den Linden, gegenüb. d. Victoria-Café, Bmt. 1080.

Bekanntmachung.

Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft.

An die Aktionäre der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft.

Die untenzeichneten Banken sind bereit,

nom. M. 94.000.000 Gelsenkirchener Bergwerks - Aktien - Gesellschaft - Aktien

zum Kurse von 384 %

anzukaufen.

Sie fordern hierdurch die Aktionäre der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft auf,

spätestens bis zum 24. Januar 1920 einschließlich

bei folgenden Stellen Angebote zwecks Ankaufs ihrer Aktien einzureichen und die Stücke in der Zeit vom 26. Januar 1920 bis zum 14. Februar 1920 einschließlich daseibst abzuliefern:

- Berlin:**
Direction der Disconto-Gesellschaft
Deutsche Bank
Dresdner Bank
Wiener, Levy & Co.
- Aachen:**
A. Schaaffhausen'scher Bankverein A. G., Fil. Aachen
Deutsche Bank Filiale Aachen
Dresdner Bank in Aachen
- Barmen:**
Deutsche Bank Filiale Barmen
Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp.
- Bochum:**
Direction der Disconto-Gesellschaft Zweigstelle Bochum
Dresdner Bank Filiale Bochum
Essener Credit-Anstalt
- Bremen:**
Direction der Disconto-Gesellschaft Filiale Bremen
Deutsche Bank Filiale Bremen
Bremer Bank, Filiale der Dresdner Bank
- Breslau:**
Schlesischer Bankverein, Filiale der Deutschen Bank
Dresdner Bank Filiale Breslau
Schlesische Handelsbank, A.-G.
Eichhorn & Co.
E. Heimann
G. von Pachaly's Enkel
- Cassel:**
Dresdner Bank Filiale Cassel
L. Pfeiffer
- Coblenz:**
Direction der Disconto-Gesellschaft Filiale Coblenz
Deutsche Bank Filiale Coblenz
Dresdner Bank Filiale Coblenz
- Chemnitz:**
Deutsche Bank Filiale Chemnitz
Dresdner Bank Filiale Chemnitz
Filiale der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt
Filiale der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt Abteilung Kunath & Nieritz
- Danzig:**
Direction der Disconto-Gesellschaft Filiale Danzig
Deutsche Bank Filiale Danzig
- Darmstadt:**
Deutsche Bank Zweigstelle Darmstadt
Deutsche Vereinsbank, Filiale Darmstadt
- Dortmund:**
Dresdner Bank Filiale Dortmund
Dortmunder Bankverein, Zweiganstalt des Barmer Bank-Vereins Hinsberg, Fischer & Comp.
Essener Credit-Anstalt
- Dresden:**
Deutsche Bank Filiale Dresden
Dresdner Bank
Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Abteilung Dresden
Philipp Elmeyer
- Duisburg:**
Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp. Duisburg
A. Schaaffhausen'scher Bankverein A. G., Filiale Duisburg
Duisburg-Ruhrortler Bank, Filiale der Essener Credit-Anstalt A. G.
- Düren:**
A. Schaaffhausen'scher Bankverein A. G., Filiale Düren
Dürener Bank, Akt.-Ges.
- Düsseldorf:**
A. Schaaffhausen'scher Bankverein Düsseldorf A. G.
Deutsche Bank Filiale Düsseldorf
Dresdner Bank in Düsseldorf
Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp., Düsseldorf
Essener Credit-Anstalt
B. Simons & Co.
C. G. Trinkaus
- Eberfeld:**
Bergisch-Märkische Bank, Filiale der Deutschen Bank von der Heydt-Kersten & Söhne
- Erfurt:**
Dresdner Bank Filiale Erfurt
Bank für Thüringen vorm. B. M. Strupp A.-G., Filiale Erfurt
Mitteldeutsche Privatbank A. G. Filiale Erfurt
Privatbank zu Gotha, Filiale Erfurt
- Essen:**
Direction der Disconto-Gesellschaft Filiale Essen
Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp., Essen
Essener Credit-Anstalt
Simon Hirschland
- Frankfurt a. M.:**
Direction der Disconto-Gesellschaft Fil. Frankfurt a. M.
Deutsche Bank Filiale Frankfurt
Dresdner Bank in Frankfurt a. M.
Deutsche Effekten-Wechsel-Bank
Deutsche Vereinsbank
- Gelsenkirchen:**
Dresdner Bank Zweigstelle Gelsenkirchen
Essener Credit-Anstalt
- Gotha:**
Bank für Thüringen vorm. B. M. Strupp A.-G., Fil. Gotha
Privatbank zu Gotha

1. Die Aktionäre, welche bereit sind, auf Grund der vorliegenden Bedingungen Aktien der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft zum Kurse von 384 % zum Kauf anzubieten, haben bei den genannten Stellen

spätestens bis zum 24. Januar 1920 einschließlich

unter Benutzung eines bei den Stellen kostenfrei erhältlichen Vordruckes (I orange) den doppelten Betrag der zum Kauf anzubietenden Aktien anzumelden und gemäß Ziffer 4 dieser Bekanntmachung in der Zeit vom 26. Januar bis zum 14. Februar 1920 einschließlich einzureichen.

2. Die angemeldeten Aktienbeträge müssen stets durch 1200 teilbar sein, es sei denn, daß es sich um die Nummern 198331/32, 216663/64, 239995/96, 313327/28 — vier Stücke je je M. 2000 handelt.

3. Die erfolgte Anmeldung ist gleichbedeutend mit einem Verkaufsangebot auf die Hälfte des angemeldeten Aktienbesitzes, an welches der anmeldende Aktionär bis zur Annahme durch die betreffende Stelle gebunden ist.

4. Die angemeldeten Aktien sind in der Zeit vom 26. Januar bis spätestens zum 14. Februar 1920 einschließlich mit Gewinnanteilscheinen für 1919 ff. und Erneuerungsscheinen bei derjenigen Stelle, bei der die Anmeldung erfolgt ist, während der üblichen Kassenstunden einzureichen.

5. Die eingereichten Aktien werden nach dem Geragten zur Hälfte angekauft, zur anderen Hälfte mit dem Stempel „Eingereicht auf Grund der Bekanntmachung vom 10. Januar 1920“ versehen mit tünlichster Beschleunigung zurückgegeben werden.

Demgemäß ist die eine Hälfte der angemeldeten Aktien, welche zum Ankauf bestimmt ist, auf einem besonderen Vordruck (II weiß) und die andere nur zur Abstempelung und Rückgabe bestimmte Hälfte auf einem anderen Vordruck (III rosa) zu verzeichnen. Die Vordrucke, die ebenfalls bei den Stellen zu haben sind, sind von dem Einzelner sorgfältig auszufüllen und gleichzeitig mit den Aktien zu übergeben.

6. Zwei Tage nach erfolgter Einreichung der Aktien, jedenfalls aber nicht vor dem 28. Januar 1920, kann der auf die angekauften Aktien bar zu empfangende Kaufpreis im Betrage von M. 2394,— für nom. M. 600,—
4686,— „ „ „ 1200,—
7580,— „ „ „ 2000,—

bei der betreffenden Stelle erhoben werden.

Die Kosten des Schlußnotenstempels gehen zu unseren Lasten.

7. Um Aktionären, deren Besitz an Stücken sich nicht in natura halbieren läßt, den Verkauf zu ermöglichen, werden die Einreichungsteile auf Wunsch tünlichst Aktien zu M. 1200 in solche zu M. 600 tauschen. Solche Umtauschanträge müssen jedoch besonders darauf hin, daß nur Angebote Berücksichtigung finden können auf Grund von Anmeldungen gemäß obiger Ziffer 1, welche spätestens am 24. Januar 1920 in den Händen der Einreichungsteile sind, da nach diesem Tage eingehende Anmeldungen keine Berücksichtigung finden können.

Berlin, den 10. Januar 1920.

Direktion der Disconto-Gesellschaft, Deutsche Bank, Dresdner Bank.

Zigaretten

Pro Kiste von 120,— an

Zigaretten Kart 20,— an

Kantabak (prima Qualität)

Rauhtabak (rein Lieferbar)

Wette Bezugsgüter f. Geschäftste

L. Manheimer, Berlin,

Bergmannstr. 1 (n. Kreuzberg).

Juwelen

Goldwaren - Fabrik

J. Weinstock G. m. b. H.

Berlin, Mohrenstraße 16

am Untergrundbahnhof Friedrichstraße.

Platin, Gold, Silber, Münzen, Zähne kauft

Uhren hohen Preisen

Schmuck

Bekanntmachung.

En den hiesigen Volksschulen sind zum 1. April 1920 mehrere Lehrer- u. Lehrerinnenstellen zu besetzen.

Gehalt und Zeitrungsbedingungen nach Groß-Berliner Grund-Gesetz, deren Kräftegelang unmittelbar benachrichtigt.

Bewerberungen mit Lebenslauf und beglaubigten Zeugnis-schreiben werden bis spätestens 20. Januar d. J. erbeten.

Berlin-Lichtenberg, den 10. Januar 1920. Der Magistrat. Dr. Siegel.

Bekanntmachung.

Die Stelle des Bürgermeisters der Stadt Dahme (Mark) ist zum 1. April 1920 unter folgenden Bedingungen zu besetzen:

a) Das Gehalt beträgt vorbehaltlich der Genehmigung des Bezirksamtes jährlich 6000,— M., Belegnd von 3 zu 3 Jahren um je 1000 M. bis zum Höchstgehalt von 8000 M. Daneben werden die hiesigen regelmäßigen und einmaligen Zeitrungsbedingungen der letzten drei und 600 M. Wohnungsgeldzuschuß gewährt. Für 600 M. wurde dem bisherigen Bürgermeister eine im Rathaus gelegene 3-Zimmer-Wohnung überlassen, die voranschläglich demnachst frei wird.

b) Die Übernahme von Nebenämtern bedarf der Genehmigung der Stadtvorordneten-Versammlung.

c) Erforderlich ist gründliche Erfahrung im Verwaltungsbereich. Die Stadt Dahme hat eine herrschaftliche Landwirtschaftsschule, Wasserleitung und elektrisches Licht.

Bewerberungen, denen ein selbstgeschriebener Lebenslauf, sowie beglaubigte Zeugnis-schreiben beizufügen sind, werden bis 10. Februar 1920 an den Unterschrifteten erbeten.

Verlässliche Bescheinigung wird zunächst nicht gewünscht.

962 Hans Eise, Stadtvorordneten-Vorsteher.

Parteisekretär

für Lübeck gesucht.

Wegen anderweitig gefundener Stellung hat der zum Parteisekretär gewählte Genosse seinen Posten nicht antreten können. Wir schreiben darum die Stellung erneut aus. Bedingung: Wägenreife Begabung für sozialdemokratisches Partei, gute Rednergabe und organisatorische sowie organisatorische Begabung. Bewerberungen mit der Aufschrift „Parteisekretär“ sind — unter Angabe der Gehaltsforderung — bis zum 20. Januar einzureichen an

Genosse Paul Ewig, Lübeck, Altenbohrer Str. 31.

Parteisekretär

für den Bezirk Groß-Berlin (S. P. D.) für die Agitation unter den Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten sofort gesucht. Verlangt wird tüchtige, organisatorisch und rednerisch befähigte, mit den Beamtenverhältnissen vertraute Kraft. Gehalt nach Uebereinkunft. Zur schriftliche Bewerberungen sind zu richten an den Bezirksvorsitzenden

232/12 Franz Krüger, Cöpenick, Waidhorer Str. 101, II

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Bremen

Geschäftsführer

gesucht für Agitation und Verwaltung.

Bevorzugt wird nur auf erste Kraft. Bewerberungen müssen enthalten: Angaben über die bisherige gewerkschaftliche und politische Tätigkeit innerhalb der Arbeiterbewegung; ferner über Beruf und Alter. Voraussetzung: fünfjährige Werksangehörigkeit.

Angebote mit der Aufschrift „Bewerbung“ sind bis zum 22. Januar zu richten an Oscar Schulze, Bremen, Billrothstraße 33. 129/1

Praktisch u. theoretisch erfahrener Landwirt

nur allererste Kraft, die befähigt ist, einem großen Gut vorzustehen, zum baldigen Eintritt gesucht. Bewerberungen mit Lebenslauf, Zeugnis-schreiben, Gehaltsansprüchen und Bild unter N. 44 an die Hauptexpedition des „Vorwärts“.

Tüchtiger, energischer Vorarbeiter

für Maschinenformerei findet dauernde, angenehme Stellung. Schriftliche Angebote an

87D

Maschinenfabrik Steineder, Freilang bei Wilmanns.

für den hiesigen Stadtheater ist die Stelle der leitenden Schwester der Sänglings-fürsorgestelle,

wenn möglich von sofort, spätestens zum 1. April 1920, zu besetzen. Verlangt wird gründliche soziale Ausbildung und praktische Erfahrung, wenn irgend möglich, sozialistische Aneignung als Sänglingsfürsorgerin. Die Annahme erfolgt zunächst auf Probezeitvertrag, doch ist Anstellung mit Beamtenverhältnis in Aussicht genommen. Die Vergütung beträgt 600 M. den Monat.

Bewerberungen mit Lebenslauf und Zeugnis-schreiben sind an das Eisenamt, Königsberg i. Pr., Wägenhofsstr. 2, zu richten.

Deputation für die Waisenpflege.

Reisende

sucht Zigarettenlager

Bergmannstr. 1.

Rotationsdrucker

für Plakatdruck an einer Johannishofer Maschine. Nur erste Kräfte wollen sich um Veranschaulichungen.

Dinse & Eckert, Cöpenicker Str. 40/41.

Zu sofortigem Eintritt gesucht:

Automateneinrichter

Bohrerinnen

Stangerinnen

Schraubendreherinnen

Beschäftigung zwischen 9 u. 3 Uhr erbeten.

Dr. Georg Seibt, Fabrik elektr. Apparate, Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 9 2. Hof, 3 Treppen.

Stadtreisender

von Berliner Tischfabrik nach-lauf gegen Provision gesucht. (Berolina zwischen 5 u. 6 Uhr nachmittags. 7218.

W. Hoeltz, Lindenstr. 60/61.

Krankenschwestern

nur hiesige gesucht.

für hiesige Krankenpflege durch Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, Friedrichstraße 110/112. Besondere Werbung mit Papieren. — Vermittlung kostenlos. Geöffnet 8-7 Uhr.

Privatpöcherinnen, vertrauenswürdig, erfahren, tolllos zu erlangen im Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, Nachzahlung für das Krankenpflege. Babo u. Wägenhofsstr. Tel.: Suchen 2150/66, 2100/93 (Nordens 2157) Weib. Hochst., 2158 Müll. Hochst., Sonn. Friedrichs- und nachts von abds. 7 Uhr ab. Tel.: Süd. 2187.

Stellengesuche

Amt Norden 2186-2190

und 2195-2198.

Arbeitsnachweis d. Stadt Berlin vermittelt hiesige Reinemacher, Wägenhofsstr., Aufwärtserinnen sowie Hausangestellte aller Art für Privathäuser in der Nach-abteilung für Hausangestellte, Friedrichstr. 110-112 (hiesige Wägenhofsstr.) 123/11* Geöffnet 8-7 Uhr.

Junkern und Pfaffen bestehende polnische Regierung hat andere Sorgen, als sich um solche Dinge zu kümmern. Sie, die nur von Ententignaden ihr Dasein fristet, hat nichts Wichtigeres zu tun, als ein möglichst starkes stehendes Heer zu organisieren, um — als französische Pilsale im Osten — einerseits die „unsicheren Deutschen“ in Schach zu halten, und zum anderen den Schatzmann gegenüber dem bolschewistischen Rußland zu spielen. Das bedeutet zugleich für die deutschen Arbeiter, die gegen ihren Willen polnische „Unterthanen“ werden, eine neue Gefahr: die Wiedererlebung des Militarismus, den wir soeben in Deutschland losgeworden sind. Der Uebertritt in die polnische Staatsangehörigkeit bedeutet auch für die davon betroffenen deutschen Arbeiter keine Erleichterung der Kriegslasten; denn Polen ist, was die räumliche Ausdehnung anbetrifft, fast noch gründlicher gefährdet worden als die Kampfgebiete im Westen. Es muß also wiederaufgebaut werden und zu den Kosten dieses Wiederaufbaus werden die neuen „Landeskinder“ in nicht minderem Maße herangezogen werden als die Polen selbst. Und da an der Spitze des polnischen Staatswesens keine vom Volke gewählte Regierung steht, die jederzeit durch eine bessere, volkstümlichere ersetzt werden kann, wie in Deutschland, so ist damit zu rechnen, daß man im neuen Polen, genau wie im alten Deutschland, die schwersten Lasten auf die schwächsten Schultern legen wird. Und es ist leider zu befürchten, daß man dabei die deutschen Volksteile aus politischen Gründen womöglich noch besonders belasten wird.

Also es handelt sich bei der Abstimmung um das Schicksal unserer weitaus in den gefährdeten Gebieten verbleibenden deutschen Volksgenossen — aber es handelt sich letzten Endes auch um das Schicksal der gesamten deutschen Arbeiterschaft, das da entschieden wird.

Je größer die an das künftige Deutschland angrenzenden Gebiete sind, die sich einer wirtschaftlichen und sozialpolitischen Rückständigkeit erfreuen, um so mehr sind diese Ertragschaften auch in Deutschland selbst gefährdet. Also auch in dieser Hinsicht wird bei den Abstimmungen über das Schicksal nicht nur der direkt beteiligten Volksgenossen, sondern über das Schicksal des ganzen deutschen Volkes, insbesondere der deutschen Arbeiterschaft, entschieden. Daher sollte kein Arbeiter und keine Arbeiterfrau, kein im Anstellungsverhältnis befindlicher veräußern, seine Pflicht bei der Abstimmung zu erfüllen.

Und die Gewerkschaften bzw. die Gewerkschaftskartelle sollten es sich zur Pflicht machen, alle Abstimmungsberechtigten zur Teilnahme an der Abstimmung zu veranlassen.

Zur Abstimmung selbst ist das folgende zu beachten: Abgestimmt wird:

In Schlesien: Zone I, in den Kreisen Apenrade, Haderleben, Sonderburg, ferner im nördlichen Teile von Lönbern und Hlensburg-Land; 2. Zone: Hlensburg-Stadt und Lönbern, Nordostzipfel von Gusum.

Obpreußen: Kreise Allenstein-Stadt und Land, Rößel, Osterode, Teile des Kreises Neidenburg.

Westpreußen: Kreise Marienburg östlich der Rogat, Marienwerder östlich der Weichsel, Rosenberg und Stuhm.

Schlesien: Kreise Reichen- und Land, Gleiwitz-Stadt, Loß-Gleiwitz, Großschlicht, Zabrze, Kattowitz-Stadt und Land, Kosel, Tarnowitz, Kreuzburg, Neobisch, Lublitz, Oppeln-Stadt und Land, Pleß, Ratibor-Stadt, Rosenberg, Rybnik, Teile von Kambsau, Neuhadt und Katibor-Land.

Nachdem im Rheinland die Kreise: Eupen und Malmédy.

Auskunft in allen auf die Abstimmung, die Beförderung nach den Abstimmungsgebieten usw. bezüglichen Fragen erteilt der „Deutsche Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen“ in Berlin NW. 32, Schloß Bellevue, Fernsprecher: Zentrum 422, 423, 426. Zweigstellen befinden sich in Altona, Rathaus; Gelsenkirchen, Wülfsenstr. 22; Düsseldorf, Hertenstr. 40; Frankfurt a. M., Glesburgstr. 50; Stettin, Mauerstr. 8; Weipzig-Schleuditz, Vestingstr. 1; Stuttgart, Friedrichstr. 20, und München, Pionierstr. 22.

Stimmberechtigt ist jede Person ohne Unterschied des Geschlechts, die am 1. Januar des 20. Lebensjahr vollendet hat und in dem betreffenden Abstimmungsgebiet geboren ist oder dort vor dem 1. Januar 1919 ihren Wohnsitz gehabt hat.

Für Schlesien muß der Wohnsitz für dort nicht Geborene bereits vor dem 1. Januar 1900 dort gewesen sein.

Die Abstimmung hat zu erfolgen für alle, die außerhalb des Abstimmungsgebietes wohnen, in der Gemeinde, in der sie geboren sind. Es empfiehlt sich dringend, Ausweispapiere sofort zu beschaffen, soweit solche noch nicht vorhanden sind.

An die Saarpfälzer!

Der bayerische Ministerpräsident Hoffmann hat an die pfälz-bayerischen Angehörigen des neuen Saarlandes eine Abschiedsrede gehalten, in der es heißt: Nicht nur Abstammung, Sprache und Sitten, sondern auch das Völkerecht gibt den Saarpfälzern die Befugnis, sich Deutsche zu nennen und sich nach Ablauf der 15 Jahre bei der vertraglich vorgesehener Volksabstimmung als Deutsche zu bekennen. Wir werden die innigen Beziehungen der Volksgemeinschaft hegen und pflegen und mit Zuversicht auf den Tag hoffen, wo wir unsere Saarpfälzer mit freudigem Stolz wieder als Mitbürger unseres Staates begrüßen dürfen.

Lausbuben in der Berliner Universität.

Einen unerhörten Gewaltstreik haben sich am Montag deutsch-nationale Studenten gegen den Professor der Medizin G. J. Nicolai geleistet.

Im Laufe des Tages benachrichtigte die Deutsche Friedensgesellschaft die Sozialistische Studentenschaft, daß gegen den bekannten Pazifisten und Universitätsprofessor Nicolai ein Gewaltstreik von seiten reaktionärer Studenten geplant sei und ersuchte um Schutz für den Gelehrten. Als Nicolai am Sonnabend sein Kolleg über „Hirn und Seele“ beginnen wollte, drang eine Horde deutsch-nationaler Studenten, darunter bewaffnete Offiziere, in den Saal. Man zwang den Gelehrten, seinen politischen Standpunkt während des Krieges zu rechtfertigen. Wären nicht zahlreich sozialistische Studenten anwesend gewesen, hätte es zweifellos Tötlichkeiten gegeben. Als Nicolai seinen pazifistischen Standpunkt notgedrungenweise verteidigte, wurde er andauernd mit Zurufen, wie „Feigling, Lump und gemeiner Verräter“, bezeichnet. Schließlich erließen Sirenen und Trillerpfeifen, ein Heulerei haß, daß der Spektakel wohlorganisiert war. Nicolai forderte nun die Ruhestörer auf, den Saal zu verlassen. Trotzdem wurde weiter geredet. Auf eine zweite Aufforderung verließen die deutsch-nationalen den Hörsaal, und indem sie die Tür mit Gewalt aufrißen, machten sie die Vorlesung durch fortwährendes Abfingen von „Deutschland, Deutschland über alles“ und „Die Wacht am Rhein“ unmöglich. Das Kolleg mußte aufgehoben werden. Als Vorkämpfer des in der akademischen Studentenschaft unerhörten Strebens wurde der Allegelehrer von Studarbi festgehalten.

Die Berliner Parteigenossen und das Betriebsrätegesetz.

Gestern abend lagte in den Germania-Sälen eine sehr stark besuchte Versammlung der Funktionäre, Arbeiter- und Angehörtenvertreter der S. R. D. Auf der Tagesordnung stand das Betriebsrätegesetz. Referent war Genosse Hermann Müller, Mitglied des stehenden Ausschusses der Nationalversammlung. Er sagte, er sei nicht der Meinung, die Genossen hoch im Voraus zu betrauen, daß wir das Gesetz unter allen Umständen annehmen müssen. Erst wenn sich Überblick läßt, welche Gefahr der Entwurf schließlich annehmen wird, kann unsere Fraktion entscheiden, ob sie dem Gesetz zustimmen oder es ablehnen will. Selbst wenn der Entwurf seine jetzige Gestalt behalten sollte, so würde das immer noch einen wesentlichen Schritt über das hinaus bedeuten, was wir jetzt haben. (Widerpruch.) Die Kommunisten und die Unabhängigen, die alle Macht für die Arbeiterräte fordern, haben allerdings Ursache, das Gesetz abzulehnen. Wer aber der Meinung ist, daß es neben den Arbeiterräten noch eine Gewerkschafts- und Parteibewegung geben muß, der wird das Gesetz von einem anderen Standpunkt betrachten müssen. (Sehr richtig.) Schließlich kommt es doch darauf an, wie die Arbeiter das Gesetz in ihrem Interesse auszunutzen verstehen. Wenn Vertreter in die Betriebsräte gewählt werden, die nicht mit den Bestimmungen des Gesetzes vertraut und nicht imstande sind, die Rechte ihrer Auftraggeber zu vertreten, dann nützt das beste Gesetz nichts. (Zustimmung.) Der Redner gab einen Ueberblick über die Ausschüßverhandlungen. Der Entwurf sei ja im Ausschüß in mancher Hinsicht verschlechtert worden. Selbstverständlich werden unsere Parteigenossen alles daran setzen, um den jetzt vorliegenden Entwurf nach Möglichkeit zu verbessern.

Der Redner erläuterte die wesentlichsten Bestimmungen des Gesetzes und gestreute die in einem Zwischenruf laut gewordene Befürchtung, daß den Betriebsräten der Buchdruck besondere Beschränkungen auferlegt seien. Es sei richtig, daß die Rechte der Betriebsräte gewissen Beschränkungen unterworfen seien in solchen Betrieben, die politischen, gewerkschaftlichen, konfessionellen, militärischen Charakter haben. Diese Einschränkungen erstrecken sich nicht auf die eigentlichen Betriebsangelegenheiten, sondern sie haben nur die Bedeutung, daß beispielsweise die Buchdrucker keinen Einfluß haben sollen auf den Inhalt der in den betreffenden Betrieben hergestellten Erzeugnisse. Die Redner kam zu dem Schluß, die Parteigenossen können zur Fraktion das Vertrauen haben, daß sie ihren ganzen Einfluß aufwenden wird, um das Gesetz so zu gestalten, wie es zur Wahrung der Rechte der Arbeiter erforderlich ist. (Beifall.) Der erste Diskussionsredner Weige führte aus, es habe ihm

stimmung besonders bei den Gewerkschaftsmitgliedern erregt, daß im Widerspruch zu den Ausführungen, die Genosse Siebel in einer früheren Funktionärerversammlung gemacht habe, im 7. Ausschüß der Nationalversammlung ein Kompromiß geschlossen worden sei, das wohl die Eingaben der Unternehmer, aber nicht die Eingaben der Gewerkschaften berücksichtigt habe. Es müsse verlangt werden, daß die günstigeren Bestimmungen, die der Regierungsentwurf erhielt, wieder hergestellt werden. Dafür müsse unsere Fraktion mit aller Macht eintreten. Die Demonstrationen, welche die Unabhängigen und Kommunisten in ihrem politischen Interesse gegen das Gesetz betreiben, machen wir nicht mit. (Beifall.)

Gursh kritisierte den Entwurf vom Standpunkt der Landarbeiter, deren große Masse von den Betriebsräten ausgeschlossen sei, wenn das Gesetz in dieser Hinsicht nicht verbessert werde, was unbedingt gefordert werden müsse. Die Landarbeiter wollen nicht länger unter der Anuse der Agrarier schmachten. Durch das Treiben der Unabhängigen und Kommunisten haben die Agrarier Oberwasser bekommen. Sie treiben jetzt Sabotage, um die Ertragschaften der Landarbeiter wieder zu beseitigen. Das müsse verhindert werden. (Beifall.)

Prolat beurteilte die Behauptungen, welche die Unabhängigen und Kommunisten mit unzutreffenden Angaben über den Inhalt des Gesetzes betreiben. Das Gesetz sei kein Ideal, aber es biete eine Grundlage für die Weiterführung des Wirtschaftslebens. Wir verlangen natürlich, daß die berechtigten Forderungen, die wir an das Gesetz stellen, nach Möglichkeit erfüllt werden. Das geht aber nicht, wenn wir so vorgehen, wie unsere Genossen von links.

Niesebed betonte, wenn die Ausnahmbestimmungen gegen die Buchdrucker im Gesetz bleiben sollen, dann würden sich die Buchdrucker auf tariflichem Wege ihr Recht schaffen. Sie denken nicht daran, in Redaktionsangelegenheiten der Zeitungen hineinzureden, aber ihre gewerkschaftlichen Rechte lassen sie sich nicht nehmen.

Lannenberger verlangt, daß ohne die hier geforderten Verbesserungen das Gesetz von unseren Parteigenossen nicht angenommen werden dürfe. Wenn wir nicht ein brauchbares Gesetz bekommen, wird es nicht zur Ruhe in den Betrieben kommen. Wir haben es satt, uns durch Kompromisse abspießen zu lassen. (Beifall.)

Einstimmig wurde die auf der ersten Seite veröffentlichte Resolution angenommen und eine fünfsiedrige Kommission gewählt, welche die in der Resolution aufgestellten Forderungen bei der Sozialdemokratischen Fraktion vertreten soll.

Die Gefangenenzüge stehen bereit!

B. L. V. meldet: Das Eisenbahnmaterial wird in jedem angeforderten Umfange von deutscher Seite gestellt. Die Nachricht, daß die von Deutschland zu liefernden Eisenbahnwagen nicht rechtzeitig zur Stelle gewesen wären, entspricht nicht den Tatsachen. Die Wagen stehen bereit, und es ist längst Vorkehrung getroffen, daß das Eisenbahnmaterial zu jeder Zeit sofort nach Anforderung durch die französischen Behörden abgerufen kann. Die Zahlen der in die Heimat zurückkehrenden Kriegsgefangenen werden laufend bekanntgegeben. Bis jetzt ist von französischer Seite noch keine Anforderung von Transportmaterial ergangen. Vertreter der Admiralität und der Eisenbahn haben sich nach Paris begeben, um die Einzelheiten des Abtransportes zu besprechen. Es ist nicht beabsichtigt, wie bei der Rückkehr der Gefangenen aus England, auf die Aufnahmelager im Osten zurückzugreifen. Die Lager im Westen Deutschlands sind für eine verstärkte Aufnahmebereitschaft eingerichtet und über die Weser hinaus sollen Lager nicht mehr in Anspruch genommen werden.

Die Minderheitsrechte.

In der rumänischen Kammer begann der Abgeordnete Brandtsch, einer der Vertreter der siebenbürgischen Deutschen, seine Rede in deutscher Sprache. Kaum hatte er die ersten Sätze gesprochen, so erhob sich ein wüster Lärm, in dem nur die Worte „Hinaus mit ihm!“ verständlich waren. Kammerpräsident Jorga unterdrückte darauf Brandtsch und erklärte ihm, daß in der Kammer Großrumänisch nur rumänisch gesprochen werden dürfe. Wenn er deutsch reden wolle, so müsse er nach Berlin gehen. — So verweist Rumänien den Minderheitenschutz.

Der rumänische Kommandant von Arab (ehemaliges Söldnerregiment) hat die Offiziere, welche vom Obersten Rat in die von den Rumänen besetzten Gebiete geschickt waren, verhaften lassen. Die interalliierte Kommission hatte schwere Verletzungen des Kommandanten festgestellt. Die Antwort war die Verhaftung.

Französische Senatswahlen.

Es sind 220 Resultate aus 240 Wahlkreisen bekannt. Bisher gewählt: 18 Konserwative (Gewinn 3 Sitze), 13 republikanische Liberale (Gewinn 4), 19 republikanische Progressiven (Verlust 3), 58 Linkrepublikaner (Gewinn 1), 116 Radikale und Radikalsozialisten (Verlust 17), 2 republikanische Sozialisten (Gewinn 2 und 2 unifizierter Sozialisten (Gewinn 2).

Lenin und Deutschland.

Die „New York World“ veröffentlicht eine Unterredung eines Korrespondenten mit Lenin, der gelagt haben soll, daß ein formelles Bündnis schwer zu erreichen wäre, daß aber Deutschland tatsächlich Hunderttausende von Arbeitern nach Rußland schickte, um den Stand der russischen Industrie und die wirtschaftliche Lage Rußlands zu verbessern. „Die deutschen Techniker und Spezialisten“, habe Lenin gesagt, „haben vieles für uns getan, um das Heer, die Eisenbahnen, die Industrie und die Landwirtschaft wieder aufzurichten. Unser Weiterbestehen ist nicht die Folge eines Bundes. Wir haben eine ganze Menge technischer Hochschulen, die von deutschen Instrukteuren geleitet werden.“

Nach einem Funkpruch aus Warschau berief die polnische Regierung eine Konferenz der Vertreter aller Randstaaten ein, welche eine gemeinsame Verteidigung gegen den Volksewidemus organisieren soll. Für die zweite Hälfte des Monats erwartet man die Ankunft der litauischen, estnischen, finnischen, ukrainischen und kaukasischen Vertreter in Warschau. Man rechnet auch auf die Teilnahme Rumaniens, das infolge des ständigen Rückzuges Denkmal durch den Volksewidemus sehr gefährdet sei.

Die Beglückten.

Südöstlich von Saïda in Syrien wurde ein französisches Detachment von Aufständischen angegriffen und niedergemacht. Die Franzosen haben ein Bataillon dahin geschickt. Bei Heflan in Marokko sind neuerdings starke Abteilungen Aufständischer aufgetaucht. Französische Artillerie hat eine Anzahl Dörfer bombardiert und die Aufständischen mit Maschinengewehren auseinandergetrieben.

Kleine politische Nachrichten.

Eine Hofnachricht ganz im alten Stil verbreitet das BVB, über die Heirat eines Herrn Schaumburg-Dippe. Sollte im BVB ein Redakteur die Revolution verhasst haben und erst jetzt plötzlich aufgewacht sein?

Die bayerische Verkehrsperre. Nach einer Mitteilung der „Münchener Neuesten Nachrichten“ sollen die am Montag eintretenden Beschränkungen im bayerischen Bahnverkehr nach einer Woche wieder aufgehoben werden.

Tschechoslowakische Freibeitlichkeit. Infolge Beschlußnahme des sozialdemokratischen Drang in Klado trat die Arbeiterschaft in einen Proteststreik, und eine Delegation forderte vom Bezirkshauptmann die sofortige Aufhebung der Beschlagnahme. Der Bezirkshauptmann erklärte jedoch, daß er die Beschlagnahme aufrecht erhalten müsse, da sie auf Befehl der Regierung erfolgt sei.

Die spanischen Unruhen. Alle Parteiführer der Kammer, mit Ausnahme der Republikaner und Sozialisten, haben der Regierung volle Unterstützung bei der Wiederherstellung der Ordnung in Saragossa zugesagt. Sieben vom Kriegsgericht in Saragossa wegen Teilnahme an der Meuterei zum Tode verurteilte Soldaten sind erschossen worden.

Wirtschaft.

Der natürliche Preis.

Zu der Rede des Reichswirtschaftsministers über die Ernährungsfrage schreibt die „Deutsche Tageszeitung“:

„Herr Robert Schmidt will auch heute die Zwangswirtschaft nicht aufheben, sondern eher verschärfen; und er wendet sich gegen die Angleichung unserer Lebensmittelpreise an den Weltmarktpreis. Warum arbeitet er immer mit diesem Preise, um von einer Aufhebung unmöglicher Höchstpreise abzukommen? Das Problem, um das es sich handelt, liegt doch vielmehr darin, durch Aufhebung unmöglicher Preisbeschränkungen den natürlichen Preis herzustellen, der sich aus den tatsächlichen Produktionskosten ergibt und der immerhin heute beträchtlich unter dem Weltmarktpreis stehen würde. Daß ein solcher Preis notwendig ist, wenn unsere Produktion nicht hoffnungslos weiter zurückgehen soll, ist selbst von sozialdemokratischer Seite schon wiederholt anerkannt worden; der Reichswirtschaftsminister aber wehrt sich gegen dieses Problem offenbar noch gar nicht, und ob unsere Produktion rettungslos weiter zurückgeht, das kümmert ihn nicht! Dafür ist er ja verantwortliche Regierung neuen Systems!“

Der Preis für die Tonne Hafer beträgt zurzeit 2630 M. Für Hafer ist die Zwangswirtschaft aufgehoben, also ist dieser Preis der natürliche, der sich am freien Markt gebildet hat. Steht nun dieser Preis wirklich die Produktionskosten dar? Unsere Landwirte verpassen, daß sie Monopolisten sind und als solche die Kaufkraft ihrer Mitbürger in bezug auf den lebensnotwendigen Bedarf, bei dem Einschränkungen unmöglich sind, in solchem Maße ausbeuten können, wie es eben jeder Monopolist kann und tut. Zwischen zwei Ernten ist nur durch Einfuhr eine Vermehrung des geernteten Ertrages möglich. Die Einfuhr ist aber durch unsere Geldentwertung gehemmt. Nur wenn ein freier Markt vorhanden ist, auf dem jede Nachfrage und jedes Angebot befriedigt werden kann, sinkt der Preis auf die Produktionskosten. Heute aber muß zwangsweise infolge der unerschwinglichen Monopolpreise der größte Teil der Nachfragenden vom Markt überhaupt fernbleiben. Nur die Wohlhabendsten können am Markt kaufen. Ihre Kaufkraft wird aber voll und ganz ausgebeutet. Aufhebung der Zwangswirtschaft bedeutet also nichts anderes, als daß die Kaufkraft ihrer Bedürfnisse in ganzem Umfang decken können, während Millionen Volksgenossen mangels Kaufkraft ausbleiben müssen, die heute durch die Zwangswirtschaft versorgt werden. Die Gesetze der Wert- und Preisbildung lassen sich nicht parteipolitisch umgestalten, vor ihnen müssen sich wohl oder übel die Interessenten beugen.

Erholung der Reichsanleihe.

Die dreiprozentige Reichsanleihe ist um 8 Proz. von 62 auf 65 Proz. voraussichtlich infolge von Auslandskäufen, gestiegen.

Gewerkschaftsbewegung

Zum Streik der Versicherungsangestellten.

Von einigen Stellen wird versucht, den Abbruch des Streiks der Versicherungsangestellten in einen „Erfolg“ der Arbeitgeber umzuwandeln. Dabei wird jedoch geflissentlich übersehen, in welchem Stadium der Zentralverband der Angestellten nach vorheriger Abstimmung der Angestellten im Reich zum Streikbeschluss kam und um welches Ziel es sich dabei handelte. Der Arbeitgeberverband hatte zur großen Überraschung selbst derjenigen Kreise, die den gewerkschaftlichen Kämpfen und Erfahrungen ziemlich fern stehen, jede Verhandlung über den neuen Tarifvertrag entschieden abgelehnt. Deshalb bestanden so gut wie verlosch die im Zentralverband organisierten Angestellten auf bestimmten Forderungen, auf die er glatt verzichtet hätte; er ging sogar so weit, zu verlangen, daß die Angestellten den Standpunkt des Arbeitgeberverbandes annehmen. Obendrein forderte er, die Magdeburger Beschlüsse preiszugeben.

Was ist nun daraus geworden? Der Zentralverband hat weiterhin auf nichts verzichtet, vielmehr hat der Arbeitgeberverband sich bereit erklärt, ohne solchen Verzicht zu verhandeln, nachdem er den in früheren Verhandlungsstadien eingenommenen Standpunkt der Leitung des Zentralverbandes am Sonnabend schriftlich übermittelt erhalten hat. Hierin wird allerdings hinsichtlich der verlangten Erweiterung des Mitbestimmungsrechts eine mäßige Revision vorgenommen. In allem übrigen ist die Haltung des Zentralverbandes am Sonnabend keine andere als an dem Tage der vergleichlichen Verhandlungsbemühungen durch das Reichsarbeitsministerium. In seinem Antwortschreiben vom 10. Januar erklärt der Arbeitgeberverband, daß er „nunmehr mit Rücksicht auf die abgegebene Erklärung bereit sei, in die Tarifverhandlungen einzutreten“. Auf diese Erklärung kommt es an. Sie mutet den Angestellten nicht mehr zu, in bestimmten Fragen vor Aufnahme der Verhandlungen den Standpunkt der Arbeitgeber zu akzeptieren.

Deswegen ist es ganz unverkennbar, daß in dem ersten Stadium des Kampfes, der nunmehr am Verhandlungstisch weitergeführt wird, die Angestellten durch den Streik auf einen vollen Erfolg, nämlich die Verhandlungen erreicht zu haben, hinweisen können. In diesem Gefährde des Erfolges und der Stärke ist in den Berliner Gesellschaften die Arbeit einheitlich aufgenommen worden.

Daß die Angestellten diese Überzeugung einmütig hegen, beweist ein Vorfall in der Versicherungsgesellschaft „Nordstern“. Entgegen den Zusicherungen des Arbeitgeberverbandes versuchte die Direktion des „Nordstern“ den Angestellten-Kausausatz zu mahregeln. Geschlossen verweigerten die Streikenden den Antritt der Arbeit, bis sich die Herren bereit zeigten, die durch ihren Arbeitgeberverband übernommenen Verpflichtungen getreulich zu erfüllen.

Die Zeitungsberichte über eine Berliner Obmannerversammlung am Sonntag vormittag standen zumeist mit den tatsächlichen Vorgängen im Widerspruch. Es ist dort lediglich gegen die in der Versammlung aufgetretene Stimmung, weiter zu streiken, gesagt worden, daß, weil nunmehr das Streikziel des ersten Kampfstadiums erreicht sei, nicht damit zu rechnen sei, daß ohne unmittelbares Kampfsobjekt im Reiche der Streik fortgesetzt werden würde. Erst muß der Verlauf der Verhandlungen abgewartet und nötigenfalls alsdann die Kollegenchaft auch im Reiche zu neuem Kampf aufgerufen werden.

60 Jahre!

Mit dem heutigen Tage vollendet Albin Reichelt, Mitglied des Zentralvorstandes des deutschen Textilarbeiterverbandes, sein 60. Lebensjahr. In Jentleuroda als ältester Sohn eines Stumpfwirkers geboren, lernte er von frühester Jugend an alle Leiden des Proletariats kennen. Doch hatte er den Vorzug, schon in frühester Jugend durch seinen Vater, der unserer Partei schon in den Kindheitstagen des Jubilars angehörte, in die Gedankenwelt des Sozialismus eingeführt zu werden. In solcher Umgebung aufgewachsen, war es selbstverständlich, daß der ins Leben tretende junge Reichelt, der den Beruf des Vaters ergriffen hatte, sich mit dem ganzen Feuereifer seines Temperaments der modernen Arbeiterbewegung anschloß, um an der politischen und wirtschaftlichen Befreiung der Arbeiterklasse mitzuwirken. Unentwegt wirkte er im Fabrikverein der Wierler, der später im Textilarbeiterverband aufging, für den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Textilarbeiter aller Zweige des Berufs. Als dann 1891 das bis dahin in Privatbesitz befindliche Fachblatt des Verbandes von diesem in eigene Regie übernommen wurde, übertrug man Reichelt, der zur Zeit wieder arbeitslos war, die Expedition des Blattes. 1907 wurde die Verbandszeitung an den Sitz des Zentralvorstandes, Berlin, genommen. Reichelt, der sich jahrelang agitatorisch für die Organisation betätigt hatte, verblieb als Gauleiter in Chemnitz, bis die Generalversammlung 1910 ihn als Sekretär in den Zentralvorstand berief.

Mit immer gleichem Eifer liegt der nun Sechzigjährige seinen Pflichten in Partei und Gewerkschaft ob. In seinem Wohnort Lichtenberg übte er das Mandat eines Stadtverordneten aus. Möge es Albin Reichelt vergönnt sein, noch lange in körperlicher und geistiger Frische seiner Partei und seiner Gewerkschaft zu dienen, deren Aufbau und Ausbau er die Kraft seines Lebens weihete.

Lohnbewegung in der Alabasterbranche.

Die immer härter einsetzende Teuerung veranlaßte die Drechsler, Schleifer, Bandsägenmacher, Arbeiter und Arbeiterinnen der Alabasterbranche an die vereinigten Unternehmer der Branche folgende Forderungen zu stellen: Erhöhung des Lohnes der männlichen Arbeiter über 18 Jahre pro Stunde 1 M., der weiblichen

Arbeiter über 18 Jahre pro Stunde 0,75 M., der jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahre pro Stunde 0,50 M. Diese Forderungen wurden den Arbeitgebern am Montag, den 6. Januar gestellt. Am 8. Januar fanden Verhandlungen statt, die folgendes Ergebnis hatten: Arbeiter, die bisher 4 bzw. 3,85 M. Stundenlohn hatten, erhalten 5 M. Stundenlohn, Arbeiter, die bisher 3,85 bzw. 3,50 M. Stundenlohn hatten, erhalten 4,50 M. Stundenlohn, Arbeiter, die bisher 3 M. Stundenlohn hatten, erhalten 4 M. Stundenlohn, und Arbeiter, die bisher 2,25 bzw. 2 M. Stundenlohn hatten, erhalten 2,75 M. Für angelernte Arbeiter wird gezahlt: in den ersten vier Wochen pro Stunde 3 M., in den zweiten vier Wochen pro Stunde 3,50 M., in den dritten vier Wochen 4 M., nach dieser Zeit entscheidet die Lohnkommission, ob der Betreffende als vollwertiger Arbeiter zu entlohnen ist.

Das Resultat dieses Vertrages ist, daß die Arbeiter ihre Forderungen vollinhaltlich durchgesetzt haben.

Vergarbeiterverbandstag.

Der Vorstand des Verbandes der Vergarbeiter beruft auf den 24. Januar und folgende Tage eine außerordentliche Generalversammlung nach Bochum ein. Die Tagesordnung sieht vorläufig folgende Verhandlungspunkte vor: 1. Allgemeine Lage und die Regelung der Schichtzeit im Vergbau; 2. Statutenberatungen; 3. Sonstige Anträge.

Der Verbandsvorstand sieht sich zur Einberufung der Generalversammlung veranlaßt, weil das Verlangen der Vergarbeiter nach Einführung der Sechsstundenschicht im Vergbau immer mehr herbeigehrt. Sind doch erhebliche Teile der Ruhrbergarbeiterkraft gewillt, sich die Sechsstundenschicht zu nehmen, wenn die Vergarbeiterorganisationen sie bis zum 1. Februar nicht durchgesetzt haben. Selbstverständlich gehört der Vorstand des Vergarbeiterverbandes nicht zu den Gegnern der Sechsstundenschicht. Er befürchtet nur, daß durch die Einführung dieser Schichtzeit ein weiterer Rückgang der Kohlenförderung eintritt, den die deutsche Volkswirtschaft in der gegenwärtigen Zeit nicht ertragen kann. Der Vorstand will die Entscheidung über diese sehr wichtige Lebensfrage des deutschen Volkes nicht allein vornehmen, sondern den gewählten Vertretern der Gesamtmitgliedschaft überlassen.

Geforderte Teuerungszulagen.

In einer Branchenversammlung des Eisen- und Glas-Engros-Handels ging Kohlhammer vom Transportarbeiterverband auf die Ursachen und Wirkungen des neuen Preisaufstieges aller Lebensnotwendigkeiten in längeren Ausführungen ein. Er teilte dann mit, daß er, unter Anlehnung an den Beschluß der Gewerkschaftskommission, dessen Satz er als zu niedrig bezeichnete, an die in Frage kommenden Arbeitgeberverbände bereits am Montag eine Forderung auf eine fünfzigprozentige Teuerungszulage eingereicht habe. Ebenfalls seien diese Forderungen an die einzelnen Arbeitgeber, die nicht Mitglieder der Arbeitgeberverbände sind, eingereicht worden. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner für das Vorgehen der Branchenleitung aus, und es wurde einstimmig beschlossen, die Forderung mit aller Kraft zu vertreten.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Gruppe Schiffschiffen. Hausdiner, Voder im. Versammlung am 13. Januar bei Schreiber, Holzmarktstr. 65. Stellungnahme zum neuen Lohnabkommen.

Rechnung, Versicherung! Bureauleiter u. Boten, Vorlied. Fahr-Ausführer und Wähler aus den Versicherungsgesellschaften. Mittwoch, den 14. Januar abends 7 1/2 Uhr, im Lokal „Zum Ruinbacher“, Breite Straße 22: Wichtige Versammlung zwecks Aussprache über die von uns zu stellenden Forderungen. Mitgliedsbuch mitbringen. Die Brandentstellungen. Die Angehörigen-Ausschüsse werden ersucht, die Obgenannten auf die Versammlung aufmerksam zu machen.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Fachgruppe Hochbau. Mittwoch, den 14. Januar, abends 7 Uhr: Sehr wichtige Versammlung in den Sophienhöfen, Sophienstr. 17/18.

Zentralverband der Angestellten. Versammlungen am Mittwoch, den 14. Januar 1920: Fachgruppe 7, Sektion 4 (Schauensiederdekoratoren) Mitgliederversammlung abends 7 1/2 Uhr in den Wustertal, Kallert-Wilhelm-Str. 11. — Fachgruppe 12, Sektion 4 (Glas, Keramik) abends 7 Uhr im Königstadt-Kahno, Holzmarktstr. 72. — Fachgruppe 13, Sektion a-e Mitgliederversammlung in den Zentral-Höfen, Alte Jakobstr. 30/32, abends 7 1/2 Uhr. Tagesordnung: Umire Stellungnahme zum neuen Tarif.

Parteinachrichten.

Sozialdemokratische Werbearbeit auf dem platten Lande.

In der Frankfurter „Volkstimme“ schreibt Genosse Eduard Graß seinen Erfolg auf einer kleinen Agitationstour in Limburger Arzwe, der bis vor Ausbruch des Krieges eine Zentrumdomäne war.

Der große Saal war fast ganz gefüllt und anstatt der kleinen Konferenzen von einst eine ganz stattliche Zahl von Vertretern erschienen. Unter rühriger Sekretär, Genosse Hoin (Oberbach), konnte stolz berichtet, daß von 42 Orten des Kreises 39 vertreten waren. Einst und jetzt! Einst aus wenigen Orten nur ein Vertreter, der stumm zuhörte und dann in der Diskussion nur über schwierige Agitation lamentieren konnte; heute fast aus allen Orten 4 bis 5 Delegierte, die nicht mehr verlosch sind, sondern als Gemeindevorsteher, Schöffen oder gar Bürgermeister wirken können. Die Debatte stand auf der Höhe und wurden Fragen erörtert, auf die man früher nicht denken konnte. Redner traten auf, die vorzüglich geschult waren und früher nur bei unseren Gegnern anzutreffen waren. Mit einem solchen Stabe von rednerischen Kräften, hochintelligenten Leuten, jung und unterbraucht, ist es möglich, das schwierige Werk zu vollenden.

Die Abendversammlung war überfüllt, kurz: ein prächtiger Erfolg. Noch überraschter war ich von der Limburger Versammlung, die Sonntags nachmittags 3 Uhr stattfand und auch sehr viele Frauen als Zuhörer hatte. Auch hier konnte ich feststellen, daß unsere Partei in der schwarzen Hochburg vortreffliche Resultate als Kämpfer zur Seite hat, die es zum Teil vor der Revolution nicht wagen konnten, sich offen und frei zu uns zu bekennen. Stolz konnte der Kassierer bekennen, daß er bereits Hunderten von Mitgliedern vorstehe und auf die Ausfertigung neuer Mitgliedsbücher warte. Limburg war ein Erfolg, den ich nicht ahnen

konnte, ein Zusammenströmen von Massen auch aus weit entfernten Orten. Eine Steigerung bot noch die Abendversammlung in Osdamar, welches und früher jeden Saal verweigerte und ganz in den Händen des Zentrums war. Der Saal war ebenfalls überfüllt und die Hälfte der Versammelten bestand aus Frauen, die auch zum Teil aus weiter Entfernung bei Wind und Wetter, mit ihren Männern gekommen waren. Kein Rißton hörte die glänzende Versammlung, und das Zentrum holte sich eine kräftige Abfuhr, die um so leichter wurde, da es unvorsichtigerweise einen politisch unerfahrenen Kaplan als Diskussionsredner vorstellte.

Prächtige Genossen und Genossinnen stehen auch dort dem Genossen Hoin in der Agitation zur Verfügung, der mir als alter Praktiker ganz optimistisch versichern konnte, daß er bald das fünfte Tausend an Mitgliedern im Bezirk des ehemaligen Limburger Wahlkreises mußern könne.

Die Entwicklung der französischen sozialistischen Partei.

In der „Humanité“ gibt der Generalsekretär der französischen sozialistischen Partei, R. D. Frossard, einige Zahlen über die Entwicklung der Partei an. Danach zählte die Partei im Jahre 1906 84 688 eingeschriebene Mitglieder, im Jahre 1909 51 692, im Jahre 1911 63 368 und vor Kriegesbeginn (am 31. Mai 1914) 77 126. Während des Krieges ging diese Zahl rasch zurück: 1915 24 638, 1916 21 858, mit einer kleinen Besserung 1917, wo diese Zahl auf 28 069 stieg. Am 31. Dezember 1918 zählte die Partei 35 793 Mitglieder und ein Jahr später, also bei Abschluß des Jahres 1919, 133 327 eingeschriebene Mitglieder.

Die stärksten Bezirksverbände sind der Pariser Bezirk mit 18 050 Mitgliedern, der Bezirk des Departements Nord mit 14 700, der Bezirk Pas-de-Calais mit 11 950, Seine-de-Oise mit 5600, sodann die drei südlichen Bezirksverbände: Mosel 4500, Ober-Rhein 4800, Unter-Rhein 3200.

Im Jahre 1914 zählte die Partei 84 Bezirksverbände, jetzt 96, das heißt einen in jedem französischen Departement, sowie in Alger, Tunis und den hauptsächlichsten französischen Kolonien.

Gerichtszeitung.

Der Raubmord im Güterwagen.

Eine Karbidlat hat nach zweitägiger Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht des III. Armeekorps ihre Sühne gefunden. Auf der Anklagebank saßen die Grenadiere Ortmann und Schönberg, denen Nord und Raub zur Last gelegt wurde.

Im März 1918 wurde in einem nach Berlin bestimmten Güterzuge, der von der Westfront kam, die Leiche des Kraftfahrers Jüll ermittelt. Der Tote war unter einer Ladung Wagnami verborgen worden. Als Täter wurden die Angeklagten verhaftet. Ende März 1918 machten sie die Bekanntschaft des Kraftfahrers Jüll. Als sie von ihm erfuhr, daß er einen Transport begleitete, kamen sie auf den Gedanken, Jüll zu ermorden und den Waggon auszuräumen. Seine Bereitwilligkeit, die beiden Deserteure bei sich im Waggon aufzunehmen, sollte Jüll mit dem Tode bezahlen. Während Jüll in dem fahrenden Waggon eingeschlafen war, ließ Ortmann sich von seinem Kumpanen den Revolver geben, und da infolge des Scheiterns des Waggon der Arm unklar war, hielt Sch. diesen, wie O. vor Gericht behauptete, fest, damit er sicherer schießen konnte. In die Schäfte gesteckt, broch dann Jüll mit Hinterücks zusammen. Die beiden riefen dem Toten die Ringe von den Fingern, die Geldbörse aus dem Waffenschuh, selbst die Gewandtasche und Stiefel nahmen sie dem Erschossenen. Nachdem O. angefangen hatte, verpackte die Leiche mehrere Eier und Wurst per Stück, verpackte die Leiche des Leichnam unter dem Gummi und reinigten den Waggon notdürftig von den Blutspuren.

Auf den Stationen wurden die Vorräte der Waggonladung verkauft, und bis Trier hatten sie bereits alles an den Mann gebracht und jeder etwa 800 Mark eingenommen. Drei Tage und drei Nächte brachten die beiden Spiegelfellen gemeinsam mit dem Leichnam auf der Fahrt in dem Waggon zu. In Frankfurt verließen sie den Zug und fuhr nach Berlin. Hier verhaftete die Kriminalpolizei Schönberg, während Ortmann von seinem Vater der Verhörde übergeben wurde.

Bei den Urteilen am 31. Dezember wurden die beiden mit den Worten: „Racht, daß Ihr rauskommt!“ aus dem Untersuchungsgefängnis gejagt. O. wurde wiederum vom Vater zurückgebracht und Sch. später von der Kriminalpolizei ergriffen. Es glückte ihm jedoch, wieder auszubrechen. Er wurde bald wieder festgenommen. Das Kriegsgericht erklärte in erster Instanz gegen seine Angehörigen auf Todesstrafe und auf je acht Jahre Zuchthaus. Das Oberkriegsgericht konnte bezüglich des Schönberg zu einer Verurteilung nicht gelangen, weil es die gegen ihn sprechenden Beweise nicht als genügend erachtete. Dagegen wurde Ortmann wegen Mordes zum Tode verurteilt und auf die üblichen Nebenstrafen erkannt.

Die Millionenschwindelien der Frau Lepa.

Am Montag begann der Prozeß gegen die Gattin des Kammergerichtsrats a. D. Dr. Rudolf Lepa, die ähnlich wie Frau Kupier die ihr vertrauenden Personen zu großen Heereslieferungen, die natürlich fingiert waren, zu überreden gewußt hatte. Nachdem sie sie anfänglich durch Auszahlung von Gewinnen sehr sicher gemacht hatte, nahm sie ihnen riesige Summen ab. Zu dem Termin war die Angeklagte ebenso wie der Angeklagte Freiberger von Niedeman nicht erschienen. Es gab lange Erörterungen über den Gesundheitszustand der Frau Lepa, die bekanntlich durch reichlichen Alkohol- und Kokaingenuß ihre Nerven abgesehen geschwächt hat, um sich der Verhandlung zu entziehen. Auf Beschluß des Gerichtshofes wurden Medizinalrat Störmer und Dr. Riemann beauftragt, sofort den Gesundheitszustand der Angeklagten zu untersuchen und dem Gericht am Dienstag morgen um 10 Uhr Bericht zu erstatten.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Ziemlich mild, zeitweise etwas auflauernd, jedoch überwiegend bewölkt, mit wiederholten, besonders im Norden vielfach starken Regenfällen.

Verantw. für den reaktion. Teil: Ernst Räder, Charlottenburg; für Anzeigen: H. Glöck, Berlin. Verlag: Bornstraß-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornstraß-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3, Ottern 1. Schlags.

Elektrische Installationsarbeiten

sofort ausführbar!

für Fabriken, Werkstätten, Wohnungen, Geschäftlokale usw.
 Wohnungsinvestitionen auf Wunsch gegen Amortisation.
 Technische Ratschläge (Ingenieurbesuch) kostenlos

Ausstellung von Beleuchtungskörpern jeder Art
 Kommandantenstraße 83/85 am Dönhofsplatz.

Stadtabteilung der Auerlicht-Gesellschaft, Berlin O 17.
 Rotherstraße 8/12 Fernsprecher: Alexander 1443-1447